



medico international



Herausgeber:
 medico international
 Burgstraße 106
 D-60389 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 944 38-0
 Fax (069) 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Internet: www.medico.de

Redaktion:
 Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer,
 Martin Glasenapp

Lektorat:
 Reinhard Arendt

Gestaltung:
 Andrea Schuldt

Titelbild:
 Mia Unverzagt

Seite 5: © VG Bild-Kunst, Bonn 2006

Spendenkonto:
 1800 Frankfurter Sparkasse
 BLZ 500 502 01

Deutsches
 Zentralinstitut
 für soziale
 Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
 Geprüft • Empfohlen

ISSN 0949-0876

- 3 Editorial**
- 4 Hard Times**
- 6 Moshe Zimmermann**
Schweigen ist Verrat
- 10 Vera Malaguti**
Die soziale Konstruktion der Angst
in Rio de Janeiro
- 15 Projekte - Projektionen**
- 18 Sri Lanka**
Die Hilfsindustrie als größte
Wachstumsbranche
- 21 Kommentar**
Etappensieg
- 22 Nicaragua**
No-Name-Produkt
- 24 Sierra Leone**
Die Mauern überwunden
- 26 Minenkampagne**
Ein weites Feld
- 29 medico aktiv**
- 30 medico Materialien**
- 30 Hinweise**



Liebe Leserinnen und Leser,

immer wieder habe er laut vor sich hin gesprochen: „in die entgegengesetzte Richtung“. So beschreibt der österreichische Schriftsteller Thomas Bernhard den Moment, da er als 16jähriger entschied, das Gymnasium zu verlassen und eine Lehrstelle in einem heruntergekommenen Gemischtwarenladen im ärmsten Viertel Salzburgs anzutreten. Auf den Seiten 16 und 17 veröffentlichen wir einen kurzen Auszug aus seinem Text „Der Keller. Eine Entziehung“. Das Bild darüber zeigt erkennbar nicht die Scherzhauserfeldsiedlung, von der Bernhard spricht, sondern ein Elendsviertel von Rio de Janeiro. Denn Bernhard beschreibt am Beispiel der Siedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen im Nachkriegssalzburg die Mechanismen der Ausgrenzung. Dazu gehören unter anderem Ignoranz, Vorurteile und totales politisches Versagen der Eliten. So gerät sein autobiographischer Bericht aus dem Keller weniger zu einer Beschreibung des Lebens am Rand als zu einer schonungslosen Kritik der etablierten Gesellschaft. Auch wenn die Scherzhauserfeldsiedlung in Salzburg heute kein Synonym für Ausgrenzung mehr ist, behält Bernhards Buch seine universelle Gültigkeit für all jene Regionen, die als Orte der „Anderen“ und allzuhäufig als „Hort des Bösen“ konstruiert werden.

Auf seine Weise beschäftigte sich das Symposium der stiftung medico international Anfang Juni diesen Jahres unter dem Titel „Der Andere als Sicherheitsrisiko“ mit dem Bernhard'schen Thema. Die beiden Redebeiträge, die wir auf den Seiten zuvor in Auszügen publizieren, sind dabei ausgehend von den jeweiligen politischen Gegebenheiten ebenso universelle Lehrstücke darüber, wie Exklusion gemacht und aufrechterhalten wird. Der israelische Historiker Moshe Zimmermann beschäftigt sich mit dem „Verrat der Intellektuellen“, der mit der Globalisierung zu einem weltweiten Phänomen geworden sei. Denn wer die Ideen einer „kollektiven Identität“ übernehme, der verrate die Ideen der Aufklärung, so Zimmermann. Diese konstruierten kollektiven

Identitäten dienten vorzugsweise dazu, neben dem „Wir“ die „Anderen“ zu konstruieren und zu definieren. Solange noch die Möglichkeit eines Austauschs bestehe, könne das „Wir“ und die „Anderen“ noch in Frage gestellt werden. Werden aber 8 Meter hohe Mauern wie zwischen Israel und Palästina gebaut, dann werden die Konstrukte in Zement gegossen. Wie sich das in einer Gesellschaft wiederfindet, deren Eliten die Tradition von Rassismus und Sklavenhaltermentalität nicht wirklich hinter sich gelassen haben, analysierte auf dem Symposium die brasilianische Kriminologin Vera Malaguti. Hier wie dort spielt dabei die von ihr analysierte „soziale Konstruktion der Angst“, die die Privilegierten gegen die vermeintliche Gefährdung durch die „vom Konsumismus Ausgeschlossenen“ zusammenschweißt, eine maßgebliche Rolle. Und immer fallen dabei „demographische Argumente“, die man auch aus der deutschen Debatte kennt. Dass sich medico solcher Themen annimmt und diese immer stärker mit innenpolitischen Diskussionen verknüpft sieht, kann angesichts sich universalisierender Politikmuster nicht verwundern. Die Debatten auf dem Symposium spiegelten dies und förderten überaus interessante Parallelen zutage. Wer sie nachlesen beziehungsweise nachhören will, kann bei medico eine Audio-Fassung und die vollständigen Redebeiträge bestellen.

Tun aber können Sie etwas für die, die „in die entgegengesetzte Richtung“ gehen. Aktuell bitten wir um Spenden für die Arbeit unserer Partner in Israel, die dringend benötigte Medikamente und medizinische Geräte in die palästinensischen Gebiete bringen. Erste Hilfslieferungen sind eingetroffen. Wie das geschehen ist, dazu lesen sie den Brief aus Tel Aviv auf der Rückseite.

Herzlichst Ihre
Katja Maurer



Hard Times

Moderne Globalität statt Ethnisierung des Sozialen. Eine Standortbestimmung.

Paradoxe Zeiten: Während erstmals in der Geschichte weltbürgerliche Verhältnisse aufscheinen, in denen ein von nationalen Grenzen befreites Zusammenleben aller Menschen möglich wäre, zeugen wachsende Ressentiments und Feindbilder von tiefgreifenden Spaltungen. Im Zuge der ökonomischen Globalisierung ist die Welt zwar näher zusammengedrückt, doch nimmt die Zahl derer, für die es in dieser Welt keinen Platz zu geben scheint, auf dramatische Weise zu.

Prekäre Zeiten: Unter dem Druck zunehmender Ungleichheit verkümmert die Idee allgemeiner Freiheit zur partikularen Freizügigkeit von einigen Wohlhabenden und Privilegierten. Die anderen bleiben gefangen in der Abhängigkeit von wirtschaftlichen und staatlichen Mächten, werden Opfer einer anonymen, verwalteten Welt oder fallen ganz heraus und werden im Extrem „vogelfrei“ auf ihr nacktes Leben reduziert. Die tiefe soziale Spaltung spiegelt sich in der Zunahme manichäischer Weltbilder. Längst bedrohen Engstirnigkeit und Vorurteile auch die Grundfesten von Toleranz und Aufklärung. Dabei stehen auch die normativen Kategorien des Rechts und der Rechtssicherheit zur Disposition. Die Idee gleicher Rechte wird zunehmend von einem politisch motivierten Sicherheitsdiskurs überlagert, dem „Gefahrenabwehr“ über alles, auch über das Recht geht. Das Streben nach Sicherheit gründet sich nicht mehr auf eine Politik des Ausgleichs und der Integration, sondern auf vielschichtige Ausgrenzungsstrategien, zu denen auch eine forcierte Identitätspolitik gehört, die absichtsvoll Bedrohungsgefühle, Feindbilder und Ressentiments schürt.

Gefährliche Zeiten: Viele der gegenwärtig in der Welt eskalierenden Konflikte - die Kriege, der Terrorismus, die Gewalt gegen Frauen, Minderheiten und Obdachlose - werden angefeuert von der Illusion einer Identität, die jeweils einzigartig sei und keine andere Wahl ließe. Die Ressentiments aber, die sich auf die Anderen richten, speisen sich nicht aus einem vermeintlichen Anderssein, sondern aus dem, was den Menschen an sich selbst fremd ist. Sie entstammen jenem unbewussten „inneren Ausland“ (Freud), in das die destruktiven Regungen abgeschoben werden, die mit der Angst vor zunehmender sozialer Unsicherheit einhergehen. Entlastung bietet die Projektion von Schuld und Hass auf jene, die noch mehr als man selbst „Opfer“ sind und zugleich für die Bedrohung der eigenen Existenz verantwortlich gemacht werden können. In der Zunahme nationalistischer Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit kommt so vor allem der Grad der inzwischen eingetretenen Zerstörung des Sozialen zum Ausdruck.

Verlorene Zeiten: In dem Maße, wie in der Welt die Gewalt eskaliert, nehmen auch die Fundamentalismen zu, mit denen sich die Gewalt zu rechtfertigen versucht. Dabei korrespondieren die religiösen Fundamentalismen der einen Seite mit der bigotteren - aber nicht weniger fundamentalistischen - Heuchelei der anderen. Überall werden neue Mauern errichtet, um die prosperierenden Sphären der Welt von denen der „Überflüssigen“ zu trennen. Während sich die Wohlhabenden in abgesicherten „gated communities“ einrichten und den Menschen draußen jede Befähigung zu Modernität und Demokratie absprechen, scheint denen, die ausgeschlossen werden, nur die Flucht in die „Irrationa-

Dieses medico-Positionspapier entstand als Diskussionsgrundlage für das Symposium „Der Andere als Sicherheitsrisiko“, zu dem die stiftung medico international am 2.6.06 nach Frankfurt eingeladen hatte. Unbedingt wollen wir die begonnene Debatte fortsetzen. Schreiben Sie uns ihre Meinung. Schreiben Sie uns auch, wenn sie dem Papier zustimmen - an der Seite von Prof. Moshe Zimmermann (Jerusalem), dem Staatsminister a. D. Rupert von Plottnitz (Frankfurt), der Erziehungswissenschaftlerin Prof. Yasemin Karakasoglu (Bremen), dem Publizisten Tsafir Cohen (Berlin), der „Opferperspektive Brandenburg“, Pro Asyl u.a.

lität“ zu bleiben. Das Gerede vom „Kampf der Kulturen“, der sich auf die vermeintliche Unverträglichkeit unterschiedlicher Lebensweisen gründet, ist nichts anderes als der perfide Versuch, aus der sozialen Spaltung Kapital für den jeweiligen Machterhalt zu schlagen. Tatsächlich aber verträgt sich der Islam, wie alle anderen Weltreligionen, ebensowenig mit „Terrorismus“ wie die Pressefreiheit mit rassistischer Brandstifterei im Interesse kommerzieller Auflagenerhöhung. Den Protagonisten des „Kampfes der Kulturen“ geht es weder um die Verteidigung religiöser Ideale, noch um die Rettung der Moderne, sondern allein um die Aufrechterhaltung eines prekären Status Quo, der sich auf Ausschluss und Demütigung gründet und deshalb äußerer Feinde bedarf.

Moderne Zeiten: Feindbilder sind keine guten Ratgeber. Ressentiments verstellen den Blick für die komplexer gewordene Wirklichkeit. Schnell geschürt, sind sie kaum wieder aufzulösen. Die Konflikte in den Vororten von Paris, im Norden Nigerias, im Nahen und Mittleren Osten, an der Grenze der USA, in Afghanistan und entlang der nordafrikanischen Küste machen nur deutlich, dass die Welt nicht weiterer Zäune und trennender Sicherheitstechnologie bedarf, sondern einer gemeinsamen Perspektive, die allen Menschen die Teilhabe an einer modernen Globalität und damit ein Leben in Würde ermöglicht - an jedem Ort. Dabei ist die gegenseitige Kritik unterschiedlicher Lebensweisen fraglos notwendig, - sie gelingt aber nur dort, wo Respekt und Empathie, nicht aber Unkenntnis, Fanatismus und selbstzufriedene Überheblichkeit herrschen.

Aufklärung ist auch weiterhin Ziel und Aufgabe zugleich. Gerade in schwierigen Zeiten gilt es, sich mit all jenen in der Welt zu verbinden, die selbst noch unter scheinbar aussichtslosen gesellschaftlichen Umständen für die Befreiung aller Menschen aus Not und Unmündigkeit streiten. Die Rettung der Demokratie gelingt nicht über die Rechtfertigung des Bestehenden, sondern nur über ihre Ausweitung und Weiterentwicklung. Dazu gehört die Gleichheit der sozialen und politischen Rechte – global. Unbedingt ist es notwendig, sich jeglicher Identitätspolitik und aller polarisierenden Ressentiments zu entziehen und dabei jeweils mit der eigenen Haltung den Anfang zu machen. Eine andere Welt, die weder von Ressentiments, noch von Übervorteilung oder Ausgrenzung bestimmt wird, ist nicht nur möglich, sondern längst da. Sie lebt in selbstbestimmten Projekten und neuen Lebensformen, deren Ziel das solidarische und emanzipierte Miteinander über alle Grenzen hinweg ist - die Entfaltung eines Nicht-Identischen als unbedingte Voraussetzung für Freiheit und Entwicklung.



Raoul Hausmann, „Mechanischer Kopf (Der Geist unserer Zeit)“, um 1920.

Schweigen ist Verrat

Intellektuelle haben die Pflicht, über die Mauern zu schauen.
Nicht nur im Nahen Osten.

*Von Moshe Zimmermann, Vortrag auf dem
Symposium der stiftung medico international „Der Andere als Sicherheitsrisiko“.
Der Autor lehrt deutsche Geschichte an der Universität Jerusalem.*



Foto: medico

Meine Universität, die Hebräische Universität in Jerusalem, organisierte vor kurzem eine Tagung zum Thema Verrat. Verschiedene Arten von Verrat, im privaten wie im nicht-privaten Bereich, Verrat und Verräter in der Geschichte usw. waren Gegenstand dieser Tagung. Darüber, dass sich eine israelische Universität diesem Thema widmet, soll man sich nicht wundern. Als Historiker möchte ich für den folgenden Beitrag zwei Aspekte beleuchten: den „Verrat der Intellektuellen“ und den Verrat im Sport.

Das gesellschaftliche Spielfeld

Verrat im Sport ist weltweit ein brisantes Thema. Welche Reaktionen Michael Ballack für seinen „Verrat“ am FC Bayern München erntete, ist eher bescheiden im Vergleich zu dem, was der Fußballer Sandberg von Makkabi Haifa an Beschimpfungen wegen Verrat über sich ergehen lassen musste, nur weil er sich für den Wechsel zu Beitar Jerushalaim entschied. Ganz zu schweigen von Uri Malmillian, seinerzeit das Idol von Beitar Jerushalaim. Als er zu Makkabi Tel Aviv wechselte, „desertierte“ er. Das breite Publikum jedoch, das sich nicht oder nur wenig für Fußball interessiert, betrachtet den Begriff „Verrat“ in diesem Zusammenhang als Übertreibung oder als Etikettenschwindel, wenn nicht als Sakrileg, weil aus der Sicht der Nicht-Sportfreunde das sakrosankte Wort Verrat nur im Zusammenhang mit Staat, Volk und Nation verwendet werden darf. Denn das Wortpaar Treue-Verrat (auf Hebräisch benutzt man den Begriff „Verrat“ auch für Ehebruch oder Seitensprung) stellt ja schlicht und einfach die Dichotomie zwischen Gut und Böse dar, und die Benutzung des Wortes „Verrat“ auf Hebräisch oder in einer europäischen Sprache verurteilt somit absolut die Verhaltensweise der als Verräter bezeichneten Person. Wie kann man bloß, heißt es jedoch, eine Bagatelle, wie den Wechsel von einer Mannschaft zur anderen, oder die Entscheidung, Fan der einen und nicht mehr der anderen Mannschaft zu sein, mit dem illustren Wort „Verrat“ bezeichnen?

Die, die so denken, haben wahrscheinlich recht. Aber dann sind sie die Antwort auf die Frage schuldig, worin der Unterschied zwischen dieser Art von Frontwechsel und dem Verrat am Staat, an der Nation liegt? Wenn es nicht um Menschenleben geht – geht es nicht um denselben Mechanismus und um ähnliche Kollektivkonstrukte? Wir konstruieren ein Kollektiv, eine kollektive Identität, und versuchen sie für bestimmte soziale oder politische Zwecke aufrechtzuerhalten und zu instrumentalisieren. Gleich ob Nation, Staat, Militär oder Fußballmannschaft – es handelt sich um kollektive Identitäten, die nicht von der Natur oktroyiert wurden, sondern aufgrund der bewussten oder unbewussten Entscheidung entstanden, zum Kollektiv zu gehören. Die Begriffe Treue oder Verrat sind also Instrumente zur Festigung und Legitimierung des konstruierten Kollektivs, sind eine Sanktion, die einer freiwilligen und freien Überlegung über Wert und Sinn des Kollektivs zuvorkommen soll. Die, die nicht daran glauben,



Alex Levac,
Busstation, Jerusalem,
November 2003.

dass der Wechsel von einer Mannschaft zur anderen die Bezeichnung „Verrat“ verdient, müssen sich auch überlegen, was „Verrat“ im Kontext der Nation, des Volkes, der Religionsgemeinschaft, des Militärs eigentlich bedeutet. Ist hier, wie dort beim Fußball, das Kollektiv nicht ein Konstrukt, das in Frage gestellt werden darf, ein Konstrukt, das die Funktion hat, den Unterschied zwischen „uns“ und „den Anderen“ zu schaffen und zu legitimieren, kollektive Ressentiments zu verankern, ja, die Exklusion der „Anderen“ zu rechtfertigen? Die Antwort auf diese Frage ist in Israel besonders schmerzhaft, weil der Mord am Regierungschef Itzhak Rabin vor 10 Jahren von einem Rechtsextremisten ausging, der Rabin für einen Verräter an der jüdischen, israelischen Nation hielt. „Wir“ Juden verstehen die Zusammenarbeit eines jüdischen Ministerpräsidenten mit Arabern - mit den „bösen Anderen“ - als Verrat. Nun sind wir zurück beim Fußball – genauso wie kolumbianische Fußballfans den glücklosen Verteidiger Escobar für einen Verräter hielten und deswegen umbrachten, so hielt der israelische Fanatiker Rabin für einen Verräter und „beseitigte“ ihn.

Das ist der entscheidende Punkt: Der Verräter ist nur Symptom eines größeren Phänomens, der Neigung, die Welt dichotom zu betrachten, manichäisch in zwei zu teilen – „Wir“ - die Guten, und „die Anderen“ - die Bösen. Seit der Antike existiert die Unterscheidung zwischen Hellenen, also „zivilisierten Menschen“, und Barbaren, die sich im religiösen Zeitalter in die Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ketzern, im nationalen Zeitalter in die Auseinandersetzung zwischen der Nation und ihren äußeren und inneren Feinden verwandelte, um im gegenwärtigen, post-klassenkämpferischen, neo-religiösen Zeitalter zum globalen „Kampf der Kulturen“ zurückzukehren .

„Nation - das ist der Zufluchtsort der Schurken“, meinte seinerzeit ein englischer Schriftsteller. Ja, das „Wir“ überhaupt ist in der Regel der Zufluchtsort, der Vorwand, um Diskriminierung weiß zu waschen, um „die Anderen“ unmenschlich oder mindestens schlecht zu behandeln. Solange „die Anderen“ zu „uns“ wechseln können, ist das Unrecht mindestens nicht absolut. Dort aber, wo zwischen „uns“ und „den Anderen“ keine Brücke geschaffen werden kann, wo eine Mauer entsteht, dort ist die Versöhnung unmöglich, dort ist jeder Versuch der Annäherung gleich Verrat. Wenn zum national geschürten Hass noch der erneute Religionskrieg hinzukommt, wie seit Khomeinis Machtübernahme 1979 im Iran, ist die Dichotomie perfekt, ihre Rechtfertigung absolut und das Resultat verheerend.

Kampf der Kollektive

Wo anders zeigt sich dieser Vorgang deutlicher als im Nahen Osten. Die Parole heißt: „Wir sind hier und die Anderen dort.“ Zwischen hier und dort zieht man nicht einfach eine Grenze, man baut eine Mauer. Wer die Mauer durchbrechen will, gilt auf der einen Seite als Gefahr, auf der anderen als Verräter. Ich spreche hier selbstverständlich nicht von den

Waffen- oder Sprengstoffträgern, die beim Überqueren der Mauer bzw. der Grenze die Absicht haben, Gewalt anzuwenden und Menschen zu töten. Gemeint sind diejenigen, die diese Grenze als falsche Antwort auf das Problem des Nahen Ostens oder der eigenen Probleme empfinden. Das, was zwischen Israel und Palästina seit drei Jahren entsteht, diese nicht zu überwindende Grenze, hat eine allzu deutliche Gestalt angenommen, in Form einer zum Teil acht Meter hohen Mauer. Anderswo in der Welt hat sich aber eine ähnliche Dynamik entwickelt – die „Wir“ Gruppe nimmt die Grenze zu „den Anderen“ ernst, baut Zäune und setzt Polizei und Militär ein, um den unerwünschten Grenzübergang zu verhindern. So Europa in Nordafrika und im Mittelmeer, so auch Amerika an der Grenze zu Mexiko. Und wenn die physische Mauer oder der Zaun nicht reicht, baut man die Mauer im Kopf und schafft klare Verhältnisse: Die zivilisierte Welt gegen die Schurken-Staaten oder gegen die Achse des Bösen. Somit sind wir beim „Verrat der Intellektuellen“ angelangt. Intellektuelle verraten ihre Aufgabe, ihre Bestimmung, wenn sie die Idee vom Verrat am Kollektiv, an der Nation, an dem Volk, an der Klasse

Zustiftungen gesucht!

Erfolgreiche Zwischenbilanz der stiftung medico international

Gerade pünktlich zur zweiten öffentlichen Veranstaltung der stiftung medico international am 2. Juni ist die neue Infobroschüre fertig geworden. Eineinhalb Jahre nach Gründung der Stiftung geht es in der neuen Broschüre um Zweck, Arbeitsprogramm und Struktur der Stiftung sowie um Beteiligungsmöglichkeiten.

Seit ihrer Gründung im Dezember 2004 haben sich 50 Stifter bzw. Stifterpaare mit Einlagen in das Stiftungsvermögen beteiligt, andere haben die Stiftung als Erbin in ihre Testamente aufgenommen. Das Stiftungskapital ist mittlerweile auf 1.650.000 Euro angewachsen. Das ist nach so kurzer Zeit ein sehr gutes Ergebnis und hat unsere Erwartungen bei weitem übertroffen. Im Januar dieses Jahres gab es die erste Zinsauschüttung von 40.500 Euro. Damit kann die Stiftung in diesem Jahr zum ersten Mal konkrete Projekte von medico unterstützen. So wurde auf der letzten Sitzung des Stiftungsvorstands im März beschlossen, einen Teil des Geldes der psychosozialen Projektarbeit und einen anderen Teil der Universität des People's Health Movement zukommen zu lassen.

Wenn Sie sich für die stiftung medico international interessieren, stehen wir Ihnen gern für ausführliche Informationen zur Verfügung. Bitte setzen Sie sich mit unserer Mitarbeiterin Gudrun Kortas in Verbindung, Tel. 069/944 38-28 oder info@stiftung-medico.de

usw. kritiklos übernehmen. Vom Intellektuellen ist ja zu erwarten, dass er mit dem Inhalt der kollektiven Identität äußerst kritisch umgeht. Er hat seine Stimme für die Idee der Aufklärung zu erheben, den Weltbürger als Ausgangspunkt zu betrachten, nicht den Mensch als bloßen Baustein eines Kollektivs, das sich von anderen konstruierten Kollektiven absetzt, ja sogar zum Kampf gegen andere Kollektive prädestiniert ist. Ohne den Anschluss an die Realität zu verlieren, ohne zu vergessen, dass die Welt nicht nur voller „Gutmenschen“ ist, dass man sich für die Bekämpfung vielerlei Übel einsetzen und Farbe bekennen muss, ist diese aufklärerische Haltung möglich, ja erforderlich.

Lob der Skepsis

Der Verrat der Intellektuellen ist ein weltweites Phänomen, das parallel zum Prozess der Globalisierung läuft. Auch der Konflikt im Nahen Osten, wie spätestens seit dem 11.9. weltweit, schuf eine Form von Verrat der Intellektuellen, die durch Schweigen und Wegschauen gegenüber Unrecht einerseits und der unkritischen Haltung gegenüber den konstruierten kollektiven Identitäten – dem „Wir“ und dem „Anderen“ besteht. Die Vorstellung von einer permanenten Notstandssituation delegitimiert ja sowieso alle Annäherungsversuche zwischen den in kompromissloser Konfrontation befindlichen Kollektiven, sodass die Voraussetzung für eine skeptische oder offene Betrachtung der einzelnen Ereignisse und Herausforderungen völlig entfällt.

Viele wundern sich über den Wandel in der Politik Ariel Sharons: Wie konnte der Antreiber der Siedlungsbewegung plötzlich zum Vater des Rückzugs aus den besetzten Gebieten werden? Über die für ihn charakteristischen taktischen Überlegungen hinaus, die eher mit seiner

Neigung zu tun haben, mit Gegnern im eigenen Lager abzurechnen, steht im Endeffekt die Idee von der „demographischen Gefahr“: Wenn die Palästinenser zur Mehrheit in Palästina, in Eretz Israel, werden, wird das Unternehmen „Judenstaat“ in Gefahr geraten. Am deutlichsten stellte sich diese Gefahr im Gaza-Streifen und deswegen begann Sharon mit seiner Rückzugspolitik eben dort. Dass Israel mit diesem Rückzug endlich beginnt, ist zweifelsohne positiv. Aber die Begründung kann man nicht als positiv bewerten, denn sie beruht nicht auf der Erkenntnis, dass die Besatzung ungerecht ist: Es sind pragmatische Überlegungen, die bei dieser Entscheidung eine Bedeutung haben, und dabei spielen die Intellektuellen eine nicht unerhebliche Rolle.

Zum einen sind es die Leviten, die ein israelischer Geographie-Professor uns ständig liest, die auch einen großen Einfluss auf Ariel Sharon hatten: Seine Prognosen über die demographischen Verhältnisse in Palästina, in der Region, und selbstverständlich im Gaza-Streifen für das Jahr 2020 klangen so deprimierend, dass sogar die politische Klasse zum Handeln bereit war. Hinzu kam, dass die Parole von der „Trennung“ – wir sind hier und die anderen dort – auf dem Hintergrund der opferreichen Terroranschläge gegen Israelis sogar von den angeblich linken Intellektuellen unterstützt wurden, und die meisten Intellektuellen auch die in der Politik verkehrenden Euphemismen nicht demaskieren wollten (z.B. „Transfer“), sodass die Mehrheit der Israelis die Motivation für den Rückzug wie auch für den Bau des Zauns nicht hinterfragen mochte, ja ohne weiteres akzeptierte.

Wenn es „die Anderen“ gibt, wenn die Anderen einzig als Terroristen zu bezeichnen sind, wenn die Gefahr, „wissenschaftlich“ bewertet, immer größer zu werden droht – scheint die Lösung in Form von „Trennung“ die beste, ja die einzige zu sein. Wenn man davon ausgeht, dass „die Anderen“ zum Terrorismus prädestiniert sind, weil eben der Islam auf Djjihad setzt, scheint es keine Alternative zu geben. Da sich auf der palästinensischen, bzw. arabischen oder moslemischen Seite ein paralleler Verrat der Intellektuellen bemerkbar macht, ist eine konstruktive Alternative nicht in Sicht. Die Konstrukte von „Gläubigen“ vs. „Ungläubigen“, „Volksgemeinschaften“, „Heiligem bzw. unumgänglichem Krieg“ blockieren den Weg zur Verständigung, und schon vorher zur notwendigen Skepsis, die zu neuen Fragen und neuen Hypothesen führt. Gerade von den Intellektuellen aber muss diese Skepsis erwartet werden.



Projektstichwort

Wenn samstäglich die medizinischen Teams des israelischen medico-Partners Physicians for Human Rights in die besetzte Westbank fahren, um in den eingeschlossenen Dörfern, gemeinsam mit ihren Ärztekollegen der Palestinian Medical Relief Society, ambulante Sprechstunden abzuhalten, dann ist dies, neben der medikamentösen Notversorgung der Bevölkerung, auch ein Zeichen der Solidarität, gegenseitiger Anerkennung und bewusster Entmystifizierung der Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern, Juden und Muslimen. Die medico-Partner, in Israel wie in Palästina, fühlen sich weiterhin - entgegen der Mauer und Hamas - einer demokratischen und säkularen Perspektive beider Gesellschaften im Nahen Osten verpflichtet. Beide rechnen weiterhin mit Ihrer Unterstützung. Das Spendenstichwort lautet: **Israel und Palästina.**

Die soziale Konstruktion der Angst in Rio de Janeiro

Die Kriminalisierung der sozialen Konflikte - das ist das Thema von Vera Malaguti Batista. Die brasilianische Kriminologin an der Universität Cândido Mendes in Rio de Janeiro geht in ihrer Arbeit von der These aus: „Jedes Verbrechen ist politisch.“ Ihr Beitrag auf dem Symposium der Stiftung medico international beschäftigt sich mit dem Angst-Diskurs der brasilianischen Oberschicht gegenüber der ausgegrenzten schwarzen Bevölkerung, der jene vor allen Dingen zur repressiven sozialen Kontrolle legitimiert. Die Konstruktion des „Anderen“ als Sicherheitsrisiko - das betreibt die herrschende Schicht in Brasilien bis heute nahezu perfekt und eilt damit einem globalen Trend voraus.



Foto: medico

debatte

Der Ausgangspunkt meiner Arbeit besteht darin, die Ängste von heute aus dem geschichtlichen Rückblick auf das Rio de Janeiro des 19. Jahrhunderts zu greifen. Der brasilianische Konservatismus benutzt von jeher die Angst als Strategie, um die Volksbewegungen klein zu halten. Diese Angst wird gezielt geschürt, um die verelendeten Massen zu disziplinieren und zu kontrollieren. So ist die sozio-ökonomische Ordnung der Sklavenhaltergesellschaft weder von dem Ende der Sklaverei noch durch die Gründung der Republik, nicht einmal durch den „demokratischen Übergang“ am Ende der Militärdiktatur wirklich erschüttert worden. Der Aufstand der Schwarzen bleibt das große Schreckgespenst, der große „Zumbi“ der brasilianischen Eliten. Die Revolten der Malês, der arabischsprachigen Schwarzen im Bahia des 19. Jahrhunderts, bis hin zu den „Arrastões“ genannten Überfällen Hunderter Favela-Bewohner an Rios Stränden vor wenigen Jahren sind Symbole dafür. Die konservative Hegemonie schürt die Angst, sie ist Antrieb und Rechtfertigung für ihre autoritäre Politik, die vor allen Dingen eins zum Ziel hat: die umfassende soziale Kontrolle.

Angst wird so zu einem strategischen Faktor in wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Fragen. Sie führt zu mehr und härteren Strafen und zugleich zu weniger Sicherheit in der Bekämpfung der eigentlichen Bedrohung. Dadurch bewegt sich die Debatte immer weiter von den wirklich neuralgischen Punkten weg: der Notwendigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen, hin zu Gleichheit, Freiheit, Zugang zu Land, zu Rechten, kurz, zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilhabe der brasilianischen Bevölkerung.

Sklaverei und Liberalismus im Doppelpack

In der Epoche nach der brasilianischen Unabhängigkeit, insbesondere in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts, kreisen die ideologischen wie politischen Debatten vor allen Dingen um das unüberwindbare Paradox zwischen dem verkündeten Liberalismus und der real existierenden Sklaverei im Land. Strafgewohnheiten des Merkantilismus wie körperliche Züchtigung im privaten Bereich werden weiterhin praktiziert. Diese Praxis steht der Ausrufung der Unabhängigkeit und der Einführung des Kapitalismus in Brasilien im Wege. Die Verfassung von 1824 und der Erlass des Strafgesetzbuches von 1830 stellen Brüche in der Sklavenhalter-Tradition dar, *ma non troppo*. Denn das „Recht auf Eigentum in seinem gesamten Umfang“ ist einer der Fallstricke des brasilianischen Bürgerrechts: Der Sklave gilt im gesamten juristischen System als Ding, nur im Strafgesetzbuch wird er als Person behandelt.

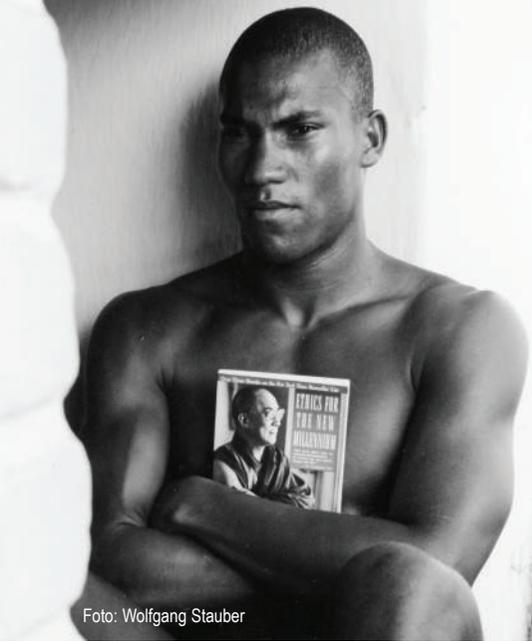


Foto: Wolfgang Stauber

Zu dieser Zeit kommt es nicht nur zu Gesetzesänderungen. Es entstehen die ersten juristischen Fakultäten. Die Kooperation von Polizei, Militärs und Paramilitärs trägt ebenfalls zur Errichtung eines formalen Systems der sozialen Kontrolle bei, das sich stets gegen den „Abschaum“ richtet. Im Rio de Janeiro der damaligen Zeit sind 80% der Beschuldigten Sklaven. Die Polizeijektivität konzentriert sich nur auf sie. In einem Dekret von November 1825 werden dem Kommissar folgende Aufgabenbereiche zugewiesen: Zusammenrottungen verhindern, Müßiggang unterdrücken, Rädelsführer erfassen, Quilombos (freie Sklavendörfer) auflösen und öffentliche Auspeitschungen durchführen. Darauf gründet sich die juristische und institutionelle Architektur der Polizei von Rio de Janeiro und Brasilien. Am Beginn der konservativen Zentralisierung von Polizeimacht steht ein breit

angelegter Prozess der Kriminalisierung bestimmter Menschengruppen einerseits und der Organisation von Polizei als effektives Repressionsinstrument andererseits. Die „Peitsche“ verlässt die Straße und zieht in die Gefängnisse ein, nun in festgelegten Dosierungen. Doch das Prinzip ist dasselbe geblieben: den „Abschaum“ unter Kontrolle halten.

Rassismus und Biomacht

Doch soziale Kontrolle verwirklicht sich nicht nur über die Justiz und den Sicherheitsapparat, sondern auch über die medizinische Kontrolle. Die Herausbildung des medizinischen Denkens im 19. Jahrhundert geht einher mit dem Entstehen von „Biomacht“, die die Besorgnis um die Produktion von Leben als Teil eines strategischen Projekts über den Reichtum der Nationen definiert. Wie Foucault sagen würde, richtet sich diese neue Technologie der Macht an den Menschen als Spezies und nicht mehr an den Körper „Mensch“. Dieser Prozess führt zur Beschäftigung mit öffentlicher Hygiene, der Zentralisierung von Informationen, ihrer Normierung und Koordination, Pädagogik und medizinischer Indikation. Die Medizin, ebenso wie die juristische Theorie, muss nunmehr mit einem neuen multiplen Körper umgehen, mit Bevölkerung als einem politischen, ökonomischen, sozialen, biologischen und wissenschaftlichen Problem.

Für Foucault wird mit dem Entstehen der „Biomacht“ der Rassismus zum integralen Bestandteil staatlicher Funktionsweise. Die Kolonisierung wiederum und mit ihr der koloniale Genozid ist ihre erste Entwicklungsstufe. Die brasilianische Medizin des 19. Jahrhunderts empfindet damals die „mestizenhafte“, „degenerierte“ und deswegen „pathologische“ und „gefährliche“ Bevölkerungsstruktur als ungeheuer bedrohlich. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts beginnt man, die Strukturen der Sozialmedizin zu „normieren“, medizinische Schulen, eine Medizinverwaltung und eine polizeiliche Medizin zu schaffen. Der juristisch-strafrechtliche und der medizinische Diskurs kommen zusammen, um gemeinsam eine regelmäßige, effektive und wissenschaftliche Kontrolle auszuüben.

Fakt ist, dass die „Biomacht“ in der Peripherie Techniken und Diskurse einschließen muss, die einer als problematisch erachteten Bevölkerung gerecht werden. Rio de Janeiro hat nach einem Zensus von 1849 die größte afrikanische Bevölkerung des amerikanischen Kontinents. Zur Angst vor Miasmen

gesellt sich die Angst vor Afrikanisierung. Die medizinische Literatur der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts in Rio de Janeiro legt den Grundstein für eine Pathologisierung der Afro-Brazilianer. Je stärker sich die afrikanische Heilkunst darstellt und in der Bevölkerung verwurzelt ist, desto heftiger wird sie durch die Medizin unterdrückt. Unter der Bedrohung durch Krankheit wird der Sklave zum Schreckgespenst. Die Macht der Medizin versucht, die Medizin der Afrikaner zu vertuschen und sie als Träger der Kontamination zu verunglimpfen. Von der Paranoia der Vergiftung bis hin zur Angst vor Übertragung schlechter Gewohnheiten durch die schwarzen Ammen wird der Sklave zu einem Hindernis auf dem Weg zu Hygiene und öffentlicher Gesundheit erklärt.

Die Sklaven leben gleichzeitig in einer dramatischen Gesundheitssituation und leiden unter einer enorm hohen Sterblichkeit. Sie werden, Reiseberichten zufolge, „häufiger misshandelt als Pferde oder Maulesel“, ihre Gesundheit wird nicht nur durch grausame und exzessive Misshandlungen ruiniert, sondern auch durch die totale Missachtung. Ein Reisebericht von 1814 berichtet entsetzt über die hohe Zahl toter Sklaven auf den Straßen von Rio de Janeiro: „Einige Herren, die ihren Müll auf die Straßen und Plätze entleerten, hatten auch keine Skrupel, ihre sterbenden Sklaven in einem Zustand vollkommener Nacktheit fortzuwerfen.“ Dies gehört zum gewöhnlichen Schrecken und zur Ästhetik der Sklaverei. Tote schwarze Körper auf den Müllkippen der Stadt Rio de Janeiro sind bis heute ein bisweilen mit Gelassenheit aufgenommener gewöhnlicher Anblick. Sie gehören zum Bühnenbild der „großartigen Stadt“ Rio de Janeiro.

Ästhetik der Sklaverei

Gespeist aus dem Angstdiskurs sind damals wie heute die immergleichen Reaktionsmuster zu beobachten: die Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod von Schwarzen einerseits und die Empörung über den Tod von Weißen andererseits; selektive, rassistische Strategien in der Polizeiarbeit, der Ruf nach dem Einsatz des Militärs; Forderungen nach immer härteren Strafen. In der von Angst geprägten Wahrnehmung herrschen auf den Straßen pure Unbotmäßigkeit, Überfälle, Rebellionen, „Capoeira“ und „Batuque“ (Kampftänze der Schwarzen). Die Tageszeitung *O Pão d'Assucar* vom 7. April 1835 bringt einen Beitrag in einer Diktion, die ihre Wirkung nicht verfehlt haben dürfte. Im Kommentar über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Revolte der Malês in Bahia schreibt der Herausgeber der Zeitung unter anderem: „Wir haben genug bewaffnete Streitkräfte, die durch ihre Disziplin und ihre sorgfältige Zusammensetzung uns Vertrauen und den Sklaven Schrecken einflößen.“ Diese Formulierung gilt für die Arbeit unserer Polizei bis zum heutigen Tag: Den Eliten Vertrauen einflößen und den Elendsvierteln Angst.



Foto: Wolfgang Stauber

Schließlich entwickeln sich auch Sorgen ethnischer, rassistischer Natur. Es entsteht das Bedürfnis nach Klassifizierung und Hierarchisierung. In der Presse beginnt man Argumente der Rasse auszutauschen, um mit den vorhandenen Ängsten umgehen und sie diagnostizieren zu können: Angst vor dem zahlenmäßigen Ungleichgewicht von Schwarzen und Weißen in der Stadt, Angst vor einer Haitisierung, Angst vor dem Tag, an dem Jäger zu Gejagten werden.

Alle diese Diskurse rufen nach drastischen Maßnahmen, verlangen nach Recht und Ordnung, sind Papier gewordene Angst, Diskurse die töten. Die Verinnerlichung dieser Diskurse hat auch ästhetische Konsequenzen, sie nimmt räumliche Gestalt an. Rio de Janeiro ist Schauplatz des Kampfes zwischen der afrikanischen Stadt und der Angst vor der Afrikanisierung. Die entsprechenden Räume sind abgesteckt, es entsteht eine Stadt der Abgrenzungen, der Begrenzung von Freiheit: Schwarze Stadtteile und Kirchengemeinden, Forts und Gefängnisse für Schwarze, Polizeiquartiere und Polizeistationen.

Reinhaltung des Konsumismus

Heute, im Spätkapitalismus, keimt die Angst wieder auf. Sie ist aber nun nicht mehr nur die bedauerliche Konsequenz einer Radikalisierung der ökonomischen Ordnung, sondern ein ganz eigenes ästhetisches Projekt, das die Medien, die Kultur und vor allem die Sicherheitsindustrie mit einschließt. Heute geht es darum, permanent Grenzen zu ziehen und zu definieren: gegenüber den „neuen Fremden“, den vom Konsum Ausgeschlossenen, denen, die, wie Zygmunt Bauman es ausdrückt, die „Reinhaltung des Konsumismus“ in Unordnung bringen. In der sich andeutenden Hypertrophie des strafenden Staates, die einhergeht mit einem gleichzeitigen Abbau des fürsorgenden Staates, bringt die unbeschränkte Macht des Kapitals eine Welt hervor, in der nichts mehr sicher ist. Armut ist inzwischen nicht mehr eine Reservearmee von Arbeitskräften, sondern Zeichen von Unordnung, die isoliert und unschädlich gemacht werden muss. Die neue Weltordnung stellt in ihrer Peripherie eine „sekundäre Barbarisierung“ dar.

Aus dieser Perspektive der Brutalisierung und Kriminalisierung der Armut ist der Politiker auf nationaler Ebene ohnmächtig angesichts des Konfliktpotentials, das Ausgrenzung und Zügellosigkeit der transnationalen Wirtschaftsordnung auslösen. Die zerfallende politische Macht verfügt nicht mehr über einen hegemonialen kriminologischen Diskurs. Der Kampf darum spielt sich nun im Bereich der Kommunikationsmittel ab. Im Gegensatz zur Situation in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts produziert der Konzentrationsprozess des Medien- und Finanzkapitals eine Art Einheitsdiskurs. Die Medien, die früher parteiische Berichterstatter waren, sind heute selbst Protagonisten, und der politische Diskurs ordnet sich dem der Kommunikationsagenturen unter. Die diffuse und punktuelle Unsicherheit verschmilzt somit zu einer konkreten Angst vor dem Alltag in den Städten. Gegen die tieferen Ursachen der Unsicherheit lässt sich kaum etwas machen, doch für Maßnahmen gegen die kriminalisierte Armut ist ein fruchtbares Wählerpotenzial vorhanden.

In diesem Zusammenhang verweisen die Diskurse über die Favela als Ort des Bösen auf die Kultur der Angst. Eben diese Art, das Problem der urbanen Gewalt zu betrachten, produziert einen Zustand permanenter Alarmbereitschaft. Dabei bestimmen biologische Metaphern die Wahrnehmungsmuster, mit der unsere Armenviertel betrachtet werden. „Sie (die Favelas) sind schon längst nicht mehr nur ein harmloses Geschwür ... Alle Übel der Zivilisation haben sich in den Armenvierteln und in den illegalen Siedlungen eingeknistert“ (aus dem Vorwort zu „A Armeça das Favelas“ [Die Bedrohung der Favelas]); oder: „Rio (...) als Opfer der Verelendung, der im Lauf der Geschichte niemals Einhalt geboten wurde, vermehrt sich wie eine Amöbe und breitet sich aus wie ein Schwamm“ (aus dem Vorwort zu „Vacilou, dançou“ [dt.: „Gezögert, verloren“]). Und an anderen Stellen: „Diese gewalttätigen Verbrecher sind zu Tieren geworden (...) Es sind Tiere. Man kann sie nicht anders begreifen. Aus diesem Grund kann die

Konfrontation mit ihnen nicht zivilisiert geführt werden. Diese Leute dürfen nicht zivilisiert behandelt werden. Sie müssen wie Tiere behandelt werden.“ (Marcello Alencar, Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro im brasilienweiten Fernsehprogramm der Zeitschrift *Manchete*, *TV Manchete*, am 11. Mai 1995). Afonso Romano de Sant’Anna, Dichter und Direktor der brasilianischen Nationalbibliothek, schreibt in der Zeitung *O Globo* vom 2. Januar 1996: „Die Drogenhändler, das haben Sie bereits bemerkt, sind die Termiten unserer Gesellschaft. Sie und die Konsumenten der Drogen. Der Unterschied ist, dass die drogensüchtigen Termiten sich ins eigene Fleisch beißen, nachdem sie ihre eigenen und dann die Taschen fremder Leute ruiniert haben. Die Dealer-Termiten hingegen stecken in ihren Termitenhügeln, den Favelas, und verlassen sie nur in militärischer Kampfformation. Und damit folgen sie den genetischen Zügen dieser Spezies.“

Dehumanisierung der Ausgegrenzten

Der Diskurs der Animalisierung des Bösen greift auf zwei Figuren zurück: Ausmerzung und Reinheit. Doch sowohl die eine wie auch die andere haben denselben Inhalt: Eliminierung. Hygienische Diskurse führen zur Ausmerzung. Reinheit und Hygiene sind das Gegenteil von Schmutz und Unordnung. Wie Zygmunt Bauman sagt, gehört die „Reinheit“ zu den Ideen, die Zähne und scharfe Krallen bekommen, sobald man sie annimmt. Sehen wir uns einige Reinheitsdiskurse an. Zum Beispiel die Richterin Denise Frossard in einer Rede vor Studenten im ersten Semester einer juristischen Fakultät, wiedergegeben in der Zeitung *O Dia* vom 18. Oktober 1995: „Was ich für schlimm erachte ist hingegen, dass diese Orte das anziehen, was ich den menschlichen Abschaum nenne. Die Verkäufer und Konsumenten von Rauschgift, Prostituierte etc.“ Oder Barbara Gancia im *Folha de São Paulo* vom 14. Januar 1998: „Witzig. Das Gesetz verbietet es, meinem sauberen und friedfertigen Pacheco aus ausländischer Zucht, der keinerlei Flöhe im Fell trägt und einen makellosen Impfausweis besitzt, sich am Strand aufzuhalten. Aber dieses pornographische Gesindel darf Strände versauen, die bis vor ein paar Jahren noch unberührt waren, wie São Pedro, Iporanga, Maresias und so weiter.“ „Die Armee“, so das Vorwort zu „Guerra Suja“, *Jornal do Brasil*, 25. November 1994, „zieht sauber in den schmutzigen Krieg gegen das organisierte Verbrechen. Die Bevölkerung der Favelas unterstützt die Säuberungsaktionen.“

In Brasilien beinhaltet der Diskurs über die Angst vor Verbrechen und Gewalt in den Städten die Idee von Ausmerzung und juristischer Ausgrenzung. Er trägt nach wie vor Züge einer Ästhetik der Sklaverei. Aus historischer Perspektive beobachten wir, wie die Erinnerung der Angst systematisch geschürt wird, um ein Strafrechtssystem zu errichten, dessen Klientel sich aus Indianern, Armen, Schwarzen und Aufsässigen permanent neu rekrutiert.

Ich möchte meine Überlegungen mit einem Appell schließen. Lassen Sie uns tief in unsere Geschichte eintauchen, um aus ihr die Ängste von heute begreifen zu können und so die alltäglichen Zusammenstöße dieses barbarischen Kapitalismus zu entlarven. Der radikale Bruch mit der Tradition der Angst ist es, der die unsichtbaren Mauern, die sich durch unsere Städte ziehen, zum Einsturz bringen kann und Verständnis für eine Geschichte schafft, die uns in die Lage versetzt, eine andere Zukunft zu errichten.

Projektstichwort

Die brasilianische Landlosenbewegung MST gehört zu den bevorzugten Opfern der oben beschriebenen Kriminalisierungsstrategie. Denn diese stärkste soziale Bewegung des Landes steht in der Tradition der Schwarzen und Ausgegrenzten, die sich ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein nicht streitig machen ließen. Dazu zählt der Zugang zu Gesundheit. Gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Gesundheit im MST arbeitet medico in Projektpraxis und Weiterbildung dafür, dieses Recht für die Landlosen zu erstreiten. Unterstützen können Sie diese Arbeit mit Spenden unter dem Stichwort: **Brasilien**.

E-Mail aus Bagdad

Absender: Dr. Ismael Salam, Doctors For Iraq, medico-Partner. Maßnahme: Medizinische Notfallversorgung im Dorf Abu Mariaha, Region Talafar, 400 km nordwestlich von Bagdad. Zeitraum: März 2006. Zielgruppe: Kriegsflüchtlinge, insbesondere Kinder, Alte. Das Team: 4 Ärzte, 2 Krankenschwestern. Besondere Umstände: Talafar, 2 Millionen Einwohner, grenznah zu Syrien, ist neben Bakuba zentrale Konfliktzone, massive US-Luftschläge und Belagerungen, ungezählte tote Zivilisten, zerschossene Krankenhäuser, kaum medizinische Grundversorgung, hunderte Familien kampieren im Nichts, ohne Wasser und Nahrung. Gefahren: Anschläge entlang der Autoroute via Falludscha, Beschuss durch Koalitionstruppen. Vorgespräche mit allen erreichbaren Seiten: Stammesführer, Prediger, US-Armeekommandeure. Resultat: 8 Tage konnte unsere mobile Klinik in Abu Mariaha Flüchtlinge, Kinder und chronisch Kranke versorgen. Gesundheitslage: Unterernährung, Austrocknung, Diarrhöe, Diabetes,



Talafar, April 2006. Foto: DFI

Asthma, Hautekzeme, Magen- und Darminfektionen, Angstzustände. Unsere Kosten: 4 Ärzte 400 \$, 2 Krankenschwestern 200 \$, Medikamente 507,61 \$, Transport 350 \$, Verpflegung / Organisation 242 \$. Verzeihen Sie bitte die Transportpreise: Benzin verteuert sich täglich, Fahrer sind rar wg. der allgegenwärtigen Lebensgefahr. Wir versuchen verzweifelt, über lokale Kontakte die Unkosten zu senken, und danken für Ihre Hilfe von Herzen.

Antwort medico: Wer hat wem zu danken? Wir danken Ihnen, den unerschrockenen Doctors For Iraq – für einen anderen Irak, jenseits von Okkupation und Terror, für die Menschen und das Leben. Unsere Spender wissen um Ihre so wichtige Arbeit. **Das Spendenstichwort dafür lautet: Irak.**

Erfolgsmeldung aus San Salvador

Und noch ein Brief unserer Kollegen aus San Salvador: „Endlich haben wir einen guten Teil der Ausschreibung gewonnen“, schreiben uns die Kollegen aus El Salvador. Jahrelang hat sich die von medico international geförderte Prothesenwerkstatt salvadorianischer Kriegsversehrter um die Ausschreibung zur Herstellung von Prothesen bei der salvadorianischen Sozialversicherung bemüht. Immer schien es, dass eigentlich an PODES (zu deutsch: du kannst) kein Weg vorbei führt. Die Kriegsversehrten liefern hervorragende Qualität. Sie können Prothesen, Orthesen und Einlagen herstellen. Bei PODES bestellten die Kriegsversehrten aus Sierra Leone Armprothesen. Der Kriegsversehrtenverband aus El Salvador schickt seine Leute zu PODES. Denn aufgrund ihrer eigenen Erfahrung haben die Mitarbeiter ein ganz anderes Verständnis für die Situation der Betroffenen. Doch niemals gewann PODES eine Ausschreibung der Sozialversicherung. Dubiose Vorwände, Dumping-Preise anderer Anbieter, nicht beweisbare Mausechelen - daran drohte die Idee der Nachhaltigkeit des Projektes, bei dem bis zu 20 Kriegsversehrte beschäftigt sind, zu scheitern. Nun dieser Brief. Von 184 Einzelausschreibungen hat PODES 151 gewonnen. Ein wichtiger Baustein zur langfristigen Existenzsicherung. Mit Aufträgen aus der Sozialversicherung ist PODES ein normaler Anbieter für alle, die prothetische Versorgung brauchen.

medico wird weiterhin den Sozialfonds unterstützen, bei dem Patienten ohne ausreichende finanzielle Mittel Zuzahlungen für prothetische Versorgung beantragen können. **Spendenstichwort: El Salvador.**

Rio de Janeiro, Aus: „Robert Polidori's Metropolis“, 2004.



In die entgegengesetzte Rio

Die Scherzhauserfeldsiedlung

Die Scherzhauserfeldsiedlung war der tagtägliche fürchterliche Schönheitsfehler in dieser Stadt, und die Stadtväter waren sich dieses Schönheitsfehlers vollkommen bewusst, immer wieder tauchte die Scherzhauserfeldsiedlung in den Spalten der Tageszeitungen auf in Form von Gerichtsberichten oder in Form von Landesregierungsbeschwichtigungen. Und die Bewohner dieses Salzburger Schönheitsfehlers waren sich der Tatsache, dass sie insgesamt den Schönheitsfehler Salzburgs darstellten, bewusst. In der Scherzhauserfeldsiedlung zu wohnen, bedeutet, mitten in einem Schmutz- und Schandfleck zu wohnen, hier, so die Meinung der ganzen Stadt, existierten die Aussätzigen, und von der Scherzhauserfeldsiedlung zu sprechen, bedeutete nichts anderes, als von Verbrechern, genauer von Zuchthäuslern und von Trunksüchtigen und tatsächlich von trunksüchtigen Zuchthäuslern zu sprechen. Als Verbrecherghetto bezeichnet, war die Scherzhauserfeldsiedlung immer die Siedlung gewesen, aus welcher nur das Verbrechen in die übrige Stadt kommen konnte, und kam ein Mensch aus der Scherzhauserfeldsiedlung, so bedeutete das nichts anderes, als ein Verbrecher kommt in die Stadt. Die Leute aus der Scherzhauserfeldsiedlung waren immer schon kopfscheu gewesen, sie mussten nach jahrzehntelanger Anschuldigung und Verächtlichmachung, mit der Zeit selbst daran glauben, dass sie seien, als was man sie



chtung

bezeichnete, *ein Verbrechergesindel*. Die Stadt hat, genau in dem Abstand von ihr, der ihr notwendig erschien, eine billige und menschentötende Siedlung in diese Wiesen hineingebaut, eine Siedlung für ihre Ausgestoßenen, für ihre Ärmsten und Verwahrlosten und Verkommensten und naturgemäß immer Kränklichsten und Verzweifeltsten, für ihren Menschenausschuss gerade so weit weg, dass sie nicht damit konfrontiert wurde, wer nicht wollte, hatte sein ganzes Leben lang keine Kenntnis von dieser Siedlung, die an die sibirischen Straflager erinnerte nicht nur wegen der Nummerierung ihrer Blöcke.

Aus: Thomas Bernhard „Der Keller. Eine Entziehung“

In seinem autobiographischen Text beschreibt der österreichische Schriftsteller seine Lehrzeit in einem Kolonialwarenladen in einem tristen Wohnghetto der Besitzlosen am Rande Salzburgs. Mit 16 hatte er sich dem „von meinen Erziehern aufgegebenen Lebensweg“ entzogen und das Gymnasium in die „entgegengesetzte Richtung“ verlassen. Mit seiner Lehrzeit in der Scherzhäuserfeldsiedlung begann Bernhards Parteinahme für die von der Gesellschaft Ausgestoßenen.



Die Hilfsindustrie als größte Wachstumsbranche

Vor sechs Monaten bereiste eine von Brot für die Welt und medico international initiierte Untersuchungsmission Sri Lanka. Wir wollten uns vor Ort ein Bild von der Lage der Überlebenden des Tsunami und von der Arbeit der nationalen und internationalen Hilfsorganisationen machen. Mitglied der Mission war auch Shreen Abdul Saroor, Frauenrechtlerin, Friedensforscherin und Leiterin der im Nordwesten der Insel tätigen Mannar Women's Development Federation. medico-Mitarbeiter Thomas Seibert sprach mit ihr über die aktuelle Situation.

medico: Knapp anderthalb Jahre nach dem Tsunami sprichst Du vom „Großen iNGO-Schwindel“ auf Sri Lanka. Wer wurde betrogen?

Shreen Abdul Saroor: Will man verstehen, was nach dem Tsunami auf Sri Lanka geschah, muss man zunächst einmal festhalten, dass wir zwar die größte Naturkatastrophe unserer Geschichte, doch keine „humanitäre Katastrophe“ erlebt haben: keinen Hunger, keine Epidemien, keine Plünderungen, nichts von dem, was die Situation von New Orleans nach „Katrina“ bestimmt hat. Statt dessen waren die ersten zwei Wochen nach dem Seebeben von spontaner gegenseitiger Hilfe bestimmt: Die Leute halfen sich über die sozialen und ethnisierten Grenzen hinweg, die lokalen Behörden kooperierten nahezu reibungslos mit den lokalen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die ihrerseits von den internationalen Hilfsorganisationen (iNGOs) unterstützt wurden, die hier schon seit längerem aktiv sind. Die srilankischen NGOs bildeten den Kern dieser Bewegung, indem sie ihre Leute – voran die Frauen – Tag und Nacht zu mobilisieren wussten und dabei die Erfahrungen aus zwanzig Jahren Bürgerkrieg ausspielten: Das war einzigartig, und genau das wurde einfach weggewischt.

Aber wie kann eine organisierte Zivilgesellschaft so schnell zusammenbrechen?

Anders als in Indien oder Thailand strömten Hunderte iNGOs ins Land und begannen sofort, Budgets ungeheuren Ausmaßes umzusetzen. Zwar geschah das oft guten Willens, doch nahezu immer ohne jede Kenntnis der durch den Bürgerkrieg geprägten sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen Sri Lankas. Damit nicht genug: Die meisten iNGOs hatten keine Verbindungen, kein Personal, keine Infrastruktur. Also kauften sie Grundstücke und Büros, brachten ihre Jeeps ins Land, ihre Gerätschaften - und ihre Konkurrenzen. Von Beginn an gab es eine Konkurrenz um „Opfer“, die zu betreuen waren, um Land für die Ansiedlung der Obdachlosen, um Zugang zu Behörden und um Personal: soziale Aktivistinnen, Mediziner, Ingenieure, bis hinunter zu Fahrern oder Bauarbeitern. Alles eine Frage des Geldes: Wer heute auf Sri Lanka soziale Arbeit leistet, verdient fünf- bis zehn Mal so viel wie vor dem Tsunami. Mittlerweile satteln Absolventen der Betriebs- und Volkswirtschaft auf soziale Arbeit um, deren Motiv von Anfang an nur das Gehalt ist. Die Hilfsindustrie ist unsere größte



Shreen Abdul Saroor, Frauenrechtlerin
und Friedensforscherin.

Wachstumsbranche und zugleich das vorläufige Ende unserer nichtstaatlichen sozialen Strukturen: Sie verloren ihr Personal, mussten schließen oder wurden komplett übernommen.

Gab es da keinen Widerstand? Wer unter Bürgerkriegsbedingungen arbeiten konnte, gibt doch nicht einfach auf!?

Lass mich ein Beispiel geben. Viele iNGOs haben gezielt Frauen eingestellt, die vorher in srilankischen Organisationen gearbeitet und sich dort in Genderfragen engagiert haben. Bestimmte politische und religiöse Führer greifen das jetzt auf und schüren frauenfeindliche Ressentiments. Dabei beziehen sie sich auf die offenbare Korruption und auf den Um-

stand, dass die „Westler“ und ihr srilankisches Personal eine eigene Subkultur bilden, ihre eigenen Restaurants und Bars haben, mit ihren großen Jeeps, ihren Videokameras, Handys und Laptops durch die Gegend kurven. Leute, die da nicht mithalten können, sehen nun tamilische und muslimische Frauen, die sie als Feministinnen kennen oder dafür halten. Dann kommt ein bekannter tamilischer Politiker und behauptet, dass nach dem Tsunami allein in Batticaloa 183 Frauen abgetrieben hätten, von denen die meisten bei iNGOs arbeiten. Prompt tauchen Flugblätter auf, die Frauen zur Kündigung auffordern. Die Situation eskaliert: Frauen werden überfallen, sogar mit Steinen beworfen. Ich war bei einer NGO im Osten, die früher fünfzehn muslimische Frauen beschäftigte. Heute sind da noch drei, die Stellen der anderen wurden mit Männern besetzt. Das ist unannehmbar! Zwingt man Frauen, ihre Arbeit aufzugeben, sollten die NGOs die Stellen demonstrativ unbesetzt lassen und zugleich offensiv eine gesellschaftliche Debatte einfordern!

Das rührt an die Hierarchie des Elends: Der Tsunami traf die Armen, er traf die tamilischen und muslimischen Armen schlimmer als die im singhalesischen Süden und er hat die Frauen stärker getroffen als die Männer...

Die Fluten töteten und verletzten viel mehr Frauen als Männer, weil die Frauen zu Hause und viele Männer unterwegs waren. Das ist natürlich keine Naturtatsache, sondern drückt ein gesellschaftliches Verhältnis aus, ein Verhältnis, das nach zwanzig Jahren Bürgerkrieg nicht nur durch seine patriarchale Tradition, sondern durch deren Verwilderung bestimmt ist. Der Tsunami hat das weiter vorangetrieben. Das begann schon in den ersten Tagen danach, wo immer wieder Frauenleichen geschändet wurden, und es setzte sich in den Lagern fort, wo sexuelle Belästigungen und Übergriffe zum Alltag gehören. Wenn es um die Wiederherstellung des Lebensunterhalts geht, etwa in der Landfrage, bleiben die Frauen außen vor. Nach traditionell tamilischem und muslimischem Recht stand Frauen in Folge von Heirat oder Erbschaft immer eigenes Land zu. 60 Prozent der besiedelten Küstengrundstücke waren in Frauenhand. Jetzt herrscht dort ein Siedlungsverbot, Ersatzland muss beantragt werden. Aber die Formulare geben vor, dass neues Land dem „Haushaltsvorstand“ gehört, also dem Mann. Wir fordern, dass wenigstens die traditionellen Regelungen wieder in Kraft gesetzt werden.

Die Alltagsgewalt ist die eine, die militärische Gewalt die andere Sache. Wie reagieren die internationalen Helfer auf die Gefahr eines Wiederaufflammens des Kriegs?

Wenn hier noch vom Tsunami die Rede ist, dann nur noch in Bezug auf die Kriegsgefahr: Was wird ein neuer Krieg für die bedeuten, die gerade erst den Tsunami überlebt haben? Und: Wie werden wir mit einem neuen Krieg zurechtkommen, jetzt, wo unsere organisierten Strukturen so geschwächt sind?



Aufbruch in die Moderne? In Ambalangoda, im Süden Sri Lankas, baute das deutsche THW eine neue Heimat für obdachlos gewordene Fischerfamilien, deren vormalige Strandhütten-siedlung vom Tsunami weggerissen wurde. Die gemauerten zweistöckigen Häuserzeilen wurden auf einen Hügel gesetzt, sechs Kilometer vom Wasser entfernt. Allnächtlich um 3.00 Uhr soll ein Shuttlebus die Fischer aus ihren nunmehr robusten Behausungen ans Meer bringen.

Alle Fotos: medico

Unsere Krise kommt unter der Kriegsgefahr auf den Punkt: Packen doch die ersten iNGOs jetzt schon ihre Sachen zusammen. Kannst Du Dir das vorstellen? Da kommen Hunderte von Organisationen ins Land, übernehmen mit ihren nahezu unbegrenzten Budgets unsere Strukturen, etablieren sich als zum Teil quasi-staatliche Macht, und wenn's eng wird, brechen sie ihre Zelte ab. Unsere Leute aber können nicht gehen. Wir werden fünf bis sechs Jahre brauchen, um organisatorisch den Stand der Zeit vor dem Tsunami wiederherzustellen.

Das alles zusammengenommen – was ist die Lektion des Tsunami?

Es reicht, hier auf die zwei Begriffe zurückzukommen, die alle im Mund führen: Partizipation der Betroffenen an Hilfe und Wiederaufbau, Koordination aller Maßnahmen aus ihrer Perspektive. Dem stimmt jeder zu: die iNGOs, die Regierung, die Gebergemeinschaft. Entscheidend aber ist, was darunter verstanden wird. Für die meisten iNGOs und für die Regierung richtet sich das Angebot zur Partizipation allein an die unmittelbar Betroffenen, und sie sind es auch, die man zur Koordination einlädt: Das versichern alle, ausnahmslos. Wir verstehen darunter sehr viel mehr. Partizipieren muss die ganze Gesellschaft, auf allen Ebenen der Entscheidungsprozesse, von unten nach oben. Das ist nur als politischer Prozess möglich, in dem die Zukunft unserer Gesellschaft ausgehandelt wird. Das ist es, was ich „Ownership“ nenne: Die bewilligten und versprochenen Mittel gehören den unmittelbar Betroffenen und denen, die hier leben. Darin sind wir uns auch mit den Spenderinnen und Spendern einig: Es ist ihr Geld! Viele derer, die guten Willens sind, machen sich nicht klar, was in den Zauberwörtern von Partizipation und Koordination steckt. Da ist in Sri Lanka das meiste schief gelaufen.

Projektstichwort

Der Bericht der Untersuchungsmission erscheint demnächst als medico-report, kann aber schon jetzt unter www.medico.de eingesehen werden. Unsere srilankischen Partner werden ihre Arbeit in Mullaitivu und Batticaloa auch dann fortsetzen, wenn der Bürgerkrieg wieder ausbrechen sollte. Das Spendenstichwort zu ihrer Unterstützung lautet noch immer: **Seebeben.**

Etappensieg

Die Weltgesundheitsversammlung votiert für eine Neuausrichtung in der Gesundheitsforschung

Am Ende waren es nur noch die Vertreter der Europäischen Union, die sich gegen die Erforschung und Entwicklung neuer essentieller Arzneimittel aussprachen. Für die überwiegende Zahl der Delegierten, die Ende Mai in Genf zur „59. Weltgesundheitsversammlung“ zusammengekommen waren, stand dagegen fest, dass es nicht länger hingenommen werden darf, wenn tagtäglich 35.000 Menschen nur deshalb sterben, weil sie an Krankheiten leiden, gegen die es keine Medikamente gibt. Sie stimmten für eine Resolution, die keinen Zweifel daran lässt, dass Patientenrechte vor Patentrechten gehen.

Doch bevor die Resolution mit dem Titel: „Öffentliche Gesundheit, Innovation, essentielle Gesundheitsforschung und Eigentumsrechte – auf dem Weg zu einer globalen Strategie“ (s. medico-Homepage) verabschiedet werden konnte, galt es, zähe Verhandlungen zu überstehen und überhaupt erst dafür zu sorgen, dass das Thema auf die Tagesordnung kam.

Denn die entsprechenden Forderungen von NGOs, zu denen auch medico gehört, blieben lange Zeit ungehört. Anfang des Jahres brachten dann Kenia und Brasilien den Prozess ins Rollen. Unterstützt von Hunderten von namhaften Wissenschaftlern aus aller Welt plädierten sie im Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dafür, dass es nicht länger nur der Industrie überlassen bleiben darf, über Prioritäten in der Gesundheitsforschung zu entscheiden. Als schließlich auch eine von der WHO eingesetzte Kommission bestätigte, dass beispielsweise nur deshalb keine neuen und leicht einzusetzenden Tuberkulose-Präparate entwickelt werden, weil TB-Kranke meist auch extrem arm sind, aber Patientengruppen ohne Kaufkraft für die Pharma-Industrie nur von minderem Interesse sind, ließen sich auch weitere Länder überzeugen.

Nun sind alle Mitgliedsstaaten der WHO aufgefordert, umgehend dafür zu sorgen, dass auch den Gesundheitsbedürfnissen ärmerer Menschen entsprochen wird. Offenkundig reicht das Gewähren von Patenten alleine nicht aus, um die Pharma-Industrie zur Entwicklung essentiell notwendiger neuer Arzneimittel zu bewegen. So wichtig Eigentumsrechte sein mögen, so wenig sind sie ein hinreichender Anreiz für Forschung. Eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe soll eingerichtet werden, um einen entsprechenden Aktionsplan zu entwerfen.

Die Resolution A59/A/Conf. Paper No. 8 vom 27.05.06 bedeutet noch keine Veränderung. Aber sie ist ein Dokument, mit dem sich gut weiter arbeiten lässt. Das im Genfer Politikdschungel ausgehandelte Ergebnis ist Baustein einer Kampagne, die darauf zielt, Arzneimittel als ein öffentliches Gut zu begreifen, zu dem alle ungehindert Zugang haben müssen. Dabei wird nun auch der Skandal zu thematisieren sein, warum die Argumente, mit denen die Europäische Kommission die Resolution verhindern wollte, nahezu identisch mit denen der Pharma-Industrie gewesen sind. Öffentlich finanzierte Forschungsförderung aber darf nicht zu einer versteckten Förderung der Industrie verkommen.

Thomas Gebauer

Mehr zur medico-Gesundheitskampagne im nächsten Heft und unter www.medico.de.

No-Name-Produkt

Weil Shell keine Entschädigung für erlittene Gesundheitsschäden an Plantagenarbeiter in Mittelamerika zahlen will, haben Gerichte die Marke gepfändet. Von Walter Schütz, Nicaragua.

Nicaragua

Felipe Jaime* ist Gerichtsvollzieher in Nicaragua. Anfang dieses Jahres hatte er einen besonderen Auftrag. Mit sichtlicher Freude stempelte er im Warenzeichenregister des nicaraguanischen Finanzministeriums den Kuckuck auf die Marke *Shell*. Er pfändete nicht Kraftstoffvorräte, Tankzüge und Tankstellen, sondern das Warenzeichen des internationalen Großunternehmens. Die Pfändung der Marke Shell vollzog sich nicht nur in Mittelamerika, sondern auch in Ecuador, Kolumbien und Venezuela. Pfiffige und geschäftstüchtige Anwaltskanzleien hatten sich die Verträge der Welthandelsorganisation (WTO), in der auch Nicaragua Mitglied ist, genauer angesehen. In dem riesigen Regelwerk für den Welt-handel, das noch durch Regionalverträge wie in Mittelamerika durch das CAFTA - Freihandelsabkommen ergänzt wird, werden unter anderem Patente, Warenzeichen, geistiges Eigentum, aber auch Erfindungen bis hin zu Entdeckungen geschützt, damit sie nicht nachgeahmt und billiger verkauft werden können. Sie werden wie Handelswaren behandelt. Ihr Warenwert soll geschützt werden. Aber man kann sie auf diese Weise auch pfänden.

Die siegreichen Rechtsanwälte vertreten die Interessen mehrerer tausend nicaraguanischer Bananenplantagenarbeitern. Mit der gerichtlich durchgesetzten Pfändung wollen sie der Forderung ihrer Klienten auf Entschädigung für erlittene Körperleiden durch den Einsatz des Insektengifts Nemagon Nachdruck verleihen. In den 60er-, 70er- und noch in den 80er-Jahren verkaufte die Shell Oil Company und die Dow Chemical Corporation an die Standard Fruit Company (heute Dole Food Company) das petrochemische Produkt Dibromchlorpropan (DBCP) unter dem Markennamen Fumazon oder Nemagon. Bereits damals war seine schädliche Wirkung für den Menschen bekannt. Unfruchtbarkeit,

Genveränderungen, Dauermigräne und Kopfschmerzen, Leberschäden, Magen - und Nierenkrebs, Fehlgeburten, körperliche Missbildungen bei Neugeborenen sind einige der gesundheitsschädlichen Folgen, die der Einsatz des Insektizids bei den Plantagenarbeitern und ihren Familien verursacht hat. In der nicaraguanischen Provinz Chinandega gibt es ganze Dörfer mit verküppelten Menschen. Weltweit - neben Mittelamerika u.a. auf den Philippinen und in der Karibik - soll es 16.000 DBCP-Geschädigte geben. Viele von ihnen wurden mit 100 Dollar abgespeist, und mussten dafür auf alle weiteren Schadensersatzansprüche verzichten.

Obwohl es bereits 1958 bei Dow Cemical eine interne Studie über die Schädlichkeit des Insektizids gab, wurde der Einsatz des Gifts im Herstellerland USA erst 1979 verboten. Aber beide Hersteller verfügten noch über sehr große Vorräte. Es wäre sehr kostspielig gewesen, sie zu vernichten. Also verfielen die Giftmischer auf die Idee, die Produkte weiterhin in Mittel- und Südamerika zu verkaufen. Standard Fruit, damals weltweit größter Bananenproduzent, spielte mit und brachte das Gift zum Einsatz, weil es sehr wirksam und kostengünstig war. Dass Menschenleben damit gefährdet wurden, wurde wohlwissend in Kauf genommen. Mit kaum noch zu überbietendem Zynismus wurden auch die möglichen finanziellen Folgen bereits eingeplant. Standard Fruit legte einen Reservefonds in Höhe von einer Milliarde Dollar an, den heute Dole Food verwaltet, um eventuelle Schadensersatzansprüche bedienen zu können.

Die Warnlichter leuchteten erst Anfang der 90er-Jahre auf, als immer mehr Kinder mit körperlichen Missbildungen im Osten Nicaraguas zur Welt kamen. Ein deutscher Kinderarzt, der auf der Geburtsstation im Krankenhaus in León ar-



Managua, Januar 2006: Auf dieser Marke liegt ein Embargo, von Anwälten erstritten, im Namen von 4.200 von Nemagon betroffenen Bananenarbeitern. Foto: Moisés Lopéz

beitete, berichtete, er habe noch nie so viele Neugeborene mit „offenem Rücken“ gesehen. Mitte der 90er-Jahre fingen die Geschädigten an, sich zu organisieren und Ansprüche anzumelden. Regelmäßig marschierten sie von Chinandega in die 150 Kilometer entfernte Hauptstadt Managua. Waren es 1999 noch wenige hundert, so waren es 2005 mehrere tausend. Sie kampierten oft wochenlang vor dem Parlamentsgebäude in einem Park unter notdürftig zusammengeschnürten Plastikzelten und erreichten schließlich, dass zu ihren Gunsten ein Gesetz verabschiedet wurde. Die Gesundheitsministerin ordnete an, alle Fälle zu untersuchen und ihre Krankengeschichten zu registrieren. Inzwischen sind mehrere tausend Behandlungen durchgeführt, soweit die Krankheiten überhaupt behandelbar sind. Parallel dazu wurden Rechtsansprüche auf dem Klageweg angemeldet. Nach dem Prinzip „teile und herrsche“ war Dole Food schnell bereit zu entschädigen. Aber eben nur einen Teil der nicaraguanischen Arbeiter (ca. 500). Nicht so der Pe-

trochemiekonzern mit der Muschel als Markenzeichen. Shell versuchte es zuerst mit juristischen Feinessen. In jedem Einzelfall sollte geprüft werden, ob die Krankheitsursache auch auf das im Hause Shell hergestellte Gift zurückzuführen ist. Das hätte Jahre dauern können. Dann weigerte sich der Ölgigant, den Prozess in den USA stattfinden zu lassen, wohlwissend, dass dort wesentlich höhere Entschädigungssummen bezahlt werden.

Nach fünf Jahren fiel dann in Nicaragua die Entscheidung zugunsten der Bananenarbeiter. 2000 waren bereits an ihren Leiden verstorben. Aber es wurde nur entschieden, dass entschädigt werden muss, nicht in welcher Höhe. Das sollten die Parteien aushandeln. Aber auch dieses Urteil erkannte die Shell Company erst einmal nicht an. Jetzt stellte sie das ganze Justizsystem Nicaraguas als korrupt und parteiisch in Frage. Als dann die Anwälte der Bananenarbeiter auf die Idee verfielen, den Markennamen Shell zu pfänden, um den Ölkonzern an den Verhandlungstisch zu zwingen, ließ sich das Gericht nicht zweimal bitten und ordnete die Pfändung an. Falls Shell jetzt nicht verhandelt, kann der Name versteigert werden. Weltweit, bis die Entschädigungssumme für die Arbeiter zusammenkommt.

** Felipe Jaime ist ein alter Bekannter von medico internacional. Er stellte die 167 Haustitel für die Mitch-Geschädigten im Projekt El Tanque aus.*

Projektstichwort

An den erbärmlichen Lebensbedingungen der nicaraguanischen Landarbeiter, die sich Shell und Standard Fruits zunutze machten, hat sich nicht viel geändert. Durch die Globalisierung sind ihre schlecht bezahlten Jobs noch prekärer geworden. Arbeitsmigration in die Plantagen von Costa Rica, in denen nach wie vor Pestizide eingesetzt werden, sind der Normalfall. In den von medico geförderten Dörfern El Tanque und Palmerita versuchen Kleinbauern und Landarbeiter dagegen, sich eine Existenzgrundlage mit selbstbestimmtem Wirtschaften zu errichten. Angesichts sklavenähnlicher Arbeitsverhältnisse auf den Plantagen ist das auch eine gesundheitliche Vorkehrung. Spenden Sie für unsere integrierten Projekte unter dem Stichwort: **Nicaragua.**

Die Mauern überwunden

Wie John Caulker und Jusu Jarka nach vielen Hindernissen doch nach Europa gelangen und für die Einrichtung eines Entschädigungsfonds zugunsten der Bürgerkriegsopfer werben.

Sierra Leone

Ohne Umschweife kommt Jusu Jarka von der Amputees and War Wounded Association (AAWWA) aus Sierra Leone auf den Punkt: „Wir wollen, dass Sie die Regierung in Sierra Leone unter Druck setzen, damit endlich etwas für die Opfer des Krieges geschieht.“ Ihm gegenüber sitzen zwei Mitarbeiter der UN-Menschenrechtskommission und hören ihm interessiert und auch ein wenig erleichtert zu. Denn den heikelsten Moment des Gesprächs haben sie überstanden. Zögerlich hatten sie Jusu Jarka, dem während des Krieges beide Hände abgeschlagen wurden, zuvor die metallenen Greifer geschüttelt, die Jarka meisterlich als Ersatzhände zu nutzen versteht. Wir befinden uns in Genf, auf der zweiten Station einer Lobbyreise durch Europa. Jusu Jarka, der die Interessen der Bürgerkriegsopfer vertritt, und John Caulker, Koordinator der Truth- and Reconciliation Working-Group, hatten bei medico auf die Durchführung der Reise gedrängt. Für Jusu Jarka ist es die erste Reise nach Europa.

Bescheinigungsterror Hätten wir geahnt, welche bürokratische Verhinderungsmaschine uns und unsere sierraleonischen Partner über Wochen beschäftigen würde, hätten wir vielleicht von dieser richtigen Idee Abstand genommen. So aber stürzen wir uns blauäugig in das Unterfangen, zwei sierraleonische Bürgerrechtsaktivisten in die Festung Europa einladen zu wollen. Mehrere Reisen von Caulker und Jarka zu den europäischen Botschaften in den Nachbarländern sind nötig, denn in Freetown gibt es keine Vertretungen, die ein Visum ausstellen können. Neben den üblichen Einladungsschreiben muss medico Bescheinigung über Bescheinigung bei den Behörden vorlegen, dass wir für *alle* eventuellen Kosten, auch die einer möglichen Zwangsrückführung, aufkommen würden. Sämtliche diplomatischen Kontakte unserer sierraleonischen Kollegen und unsere eigenen müssen genutzt werden, um das Unmögliche möglich zu machen. Zwei Schengen-Visa für Menschen, denen man aus europäischer Sicht offenbar nur eines unterstellt: im Paradies Europa bleiben zu wollen.

Nach viel Hin und Her kommt die Reise zustande und löst mehr aus, als zu erwarten war. Ziel ist, auf internationaler Ebene die Gründung eines Kriegsopferfonds einzufordern, wie es im Abschlussbericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) vom August 2005 als bedeutender Beitrag zur Versöhnung empfohlen wird. Neben Jusu Jarka und Hunderten weiterer Amputierter sind es vor allem viele Tausend Frauen, die auf eine – zumindest symbolische – Anerkennung des geschehenen Unrechts warten. Unser Bedenken, Jusu Jarka könnte nur die Interessen der Amputierten in Europa vertreten, löst sich bei den Gesprächen in Bonn, Genf und London in Luft auf. Bereits im Vorfeld hatte er sich mit Interessensvertreterinnen der Frauen beraten und trägt überall das Anliegen im Namen aller Opfergruppen vor. Jarka und Caulker bitten das deutsche Entwicklungshilfeministerium, die Genfer Menschenrechtskommission und die britischen Offiziellen ihr Anliegen gegenüber der Regierung in Freetown zu unterstützen. Sie soll den Rahmen für den Fonds zur Entschädigung der Kriegsopfer schaffen: Dazu gehört die Erfassung der Opfer und die Schaffung einer zuverlässigen Behörde, die sich neben der materiellen auch der kollektiven und symbolischen Entschädigung annimmt.

Tabuisierte sexuelle Gewalt Der geplante Kriegsopferfonds sichert einen kontrollierten und - soweit dies möglich ist - gerechten Entschädigungsprozess. Wichtige Voraussetzung hierfür ist eine unabhängige Kontrollinstanz, um

negative Effekte zu vermeiden. Denn es besteht immer die Gefahr, dass Entschädigungen auch als Schweigegeld für einzelne Betroffene eingesetzt werden. Im Vorfeld der Reise haben Caulker und Jarka mit dem Frauenverband *War-Affected Girls and Adults* vereinbart, dass Frauen eine Form der Entschädigung benötigen, die eine weitere Stigmatisierung vermeidet, da die Thematisierung sexualisierter Gewalt noch immer tabuisiert ist.

Viele in Sierra Leone, darunter auch die medico-Projektpartner, befürchten die Zuspitzung der sozialen Spannungen bis hin zum möglichen Wiederausbruch des Krieges, wenn die Regierung sich nicht um einen Ausgleich bemüht. „Bislang“, erläutert Jusu Jarka, „gibt es eine Win-Win-Situation nur für die Täter, weil nur diese im Rahmen der Demobilisierungsprogramme unterstützt wurden.“ Im Abschlussbericht der TRC wird darauf hingewiesen, dass die extreme soziale Ungleichheit und damit einhergehende politische und soziale Marginalisierung breiter Bevölkerungsgruppen einer der maßgeblichen Kriegsgründe war. Weil es die Regierung bislang versäumt hat, Schritte zur Beseitigung dieser Not einzuleiten, ist die Lage der Opfer auch vier Jahre nach Kriegsende katastrophal - während des kurzen Europa-Aufenthaltes von Jusu Jarka sterben zwei seiner Mitstreiter an den Folgen von Hunger und Krankheit. Der Kampf um Entschädigung ist in vielen Fällen ein Kampf ums nackte Überleben.

Tatsächlich stehen die Chancen nicht schlecht, dass sich europäische Regierungen für die Errichtung des Kriegsopferfonds engagieren – waren sie doch die wichtigsten Geldgeber für die Wahrheits- und Versöhnungskommission. Die Bundesregierung hat an Präsident Kabbah appelliert, endlich die Empfehlung der TRC umzusetzen. Rückhalt erfahren die medico-Partner auch von den Gesprächspartnern der UN in Genf; die Vertreter der Menschenrechtskommission versprechen, sich für das Anliegen einzusetzen und den beiden weitere Kontakte vor Ort zu vermitteln.



Reggae-Sänger Patrice will Friedensbemühungen in Sierra Leone unterstützen. Begegnung in Köln: Jusu Jarka, Patrice, John Caulker (v.l.). Foto: medico

Eine Begegnung jenseits der Politik und doch eine politische findet in Köln statt. Wir treffen den deutschen Reggae-Sänger Patrice, der unter Reggae-Fans hochgeschätzt ist. Er fühlt sich dem westafrikanischen Land sehr verbunden, weil ein Teil seiner Familie dort lebt, und möchte auf seine Weise den Friedensprozess unterstützen: seine große Fangemeinde hier informieren, aber sich auch in Sierra Leone für die Opferrechte stark machen. Vielleicht mit einem großen Konzert. So sind auf dieser Reise neue Kontakte zustande gekommen, die hoffentlich noch für Wirbel Sorgen werden. Wir halten Sie auf dem laufenden.

Frauke Banse / Anne Jung

Projektstichwort

Unterstützen Sie die Friedensarbeit unserer Partner in Sierra Leone. Spenden Sie unter dem Stichwort: **Sierra Leone**.

Ein weites Feld

Im kurdischen Südosten der Türkei kämpft eine neue Initiative gegen die versteckte Allgegenwart des Krieges.

minenkampagne

Frühlingsblumen und Gräser hatten das Feld überwuchert. Die Schar Jungen lief los. Einer von ihnen war Mehmet Nesim Öner. Vor kurzem war er zwölf Jahre alt geworden. Jetzt, wo der Schnee endlich geschmolzen war, wollte Nesim nur hinaus. Fußball war seine große Leidenschaft. Wenige Tage zuvor hatte „ihr Klub“ Diyarbakirspor zum Saisonauftakt in der türkischen Süper Lig das erste Heimspiel gewonnen. Die Kleinen glühten – zudem liegt ihr Dorf nur wenige Kilometer von der kurdischen Großstadt entfernt. Früher, in der Zeit der Gefechte, als sich die Armee in den nahegelegenen Hügeln erbitterte Schusswechsel mit der kurdischen PKK lieferte, durfte niemand abends auf die Straße. Zu gefährlich. Auch die nahen Wiesen waren tabu. Landminen. Jetzt schien alles besser. Die PKK hatte sich zurückgezogen, der Ausnahmezustand war aufgehoben. Frieden. Auch das Spielfeld schien sicher. Keine Warnschilder, kein Zaun. Nesim war einer der ersten. Kaum war er losgelaufen, schleuderte eine dumpfe Detonation den schwächlichen Jungen durch die Luft. Die Sprengladung riss ihm eine Hand ab, seine Füße wurden schwer verletzt, in sein Gesicht bohrten sich umherfliegende Metallteile.

Inzwischen ist Mehmet Nesim Öner 14 Jahre alt. Er wird rund um die Uhr von seiner Mutter betreut. „Ich wünschte, ich könnte mir das Gesicht waschen oder ohne die Hilfe von anderen essen. Ich wünschte, ich könnte arbeiten“, sagt er. Nesim bleibt zu Hause, wenn seine Freunde auf der Straße spielen. Er kann nicht zur Schule gehen, weil es keine Transportmöglichkeiten für ihn gibt. Er erhält keinerlei psychologische Hilfe. Seine Familie ist bettelarm, es reicht gerade zum Essen – niemand kann dem behinderten Jungen eine angemessene Behandlung bezahlen. Manchmal sitzt Nesim auf dem Hof

und blickt vor sich hin. „Mein Leben ist zu Ende“, sagt er und klingt dabei sehr verzweifelt.

Der unbewältigte Krieg Mehmet Nesim ist nicht das einzige Minenopfer in der Türkei. Dutzende von Kindern, Alte, Frauen und Männer, haben ein ähnliches Schicksal. Die einen traf es auf einer Hochweide, andere beim Holzsammeln. Die Tatorte: die ländlichen Regionen im kurdischen Südosten. Natürlich ist auch die türkische Regierung durch ihre Unterzeichnung der Ottawa-Konvention verpflichtet, den Minenopfern im eigenen Land zu helfen. Aber es geschieht wenig. Die Opfer leben in ihren Familien: ob im Dorf, in der Stadt, oder bei den wenigen noch umherziehenden Nomadensippen – und die meisten haben noch nicht einmal eine funktionsfähige Prothese.

Auch die Zahl der Opfer ist unklar. Immer wieder wird von Dutzenden von Verletzten berichtet, aber es gibt keine bestätigten und genaueren Angaben. Der Informationsmangel begünstigt, durchaus gewollt, das gesellschaftliche Schweigen. Denn hinter den Minenopfern – gerade im Südosten der Türkei - verbirgt sich mehr als nur individuelles Leiden. Wer hat die Minen gelegt? Und, fast noch bedeutsamer, warum wurden sie nicht entfernt? Es gibt Landminen, die keineswegs an abgelegenen Berghängen ihre Opfer forderten, sondern in fußläufiger Nähe zu Polizei- und Militärstationen. Nicht alle können von der PKK verlegt worden sein. Haben die staatlichen Sicherheitskräfte keine Karten über die landwirtschaftlich genutzten Flächen und Hochweiden angelegt, die sie verminten, um den militärischen Gegner auszuschalten? Hunderte von Dörfern entvölkerten sich in den letzten 15 Jahren. Die Dorfbewohner drängten in die städtischen Elendsviertel von Diyarbakir, Van und

Kars. Noch heute ist ihre Rückkehr unmöglich. Ein Grund, neben der Armut, ist die Vermunung ihrer verlassenen Lebenswelten. Aber welche Gendarmerie-Einheiten verfügen noch über die Kartographie der unzähligen noch immer unbegehbaren Gehöfte und Ansiedlungen? Und wer kontrollierte die paramilitärischen Korucu-Milizen, sogenannte „Dorfschützer“, die Ankara zusätzlich gegen die PKK in Stellung brachte? Hinter der Minenfrage liegt die Allgegenwärtigkeit des vergangenen und erneut drohenden Krieges, und die Minenopfer bezeugen, dass nicht alles Leid den dämonisierten „PKK-Terroristen“ zugewiesen werden kann.

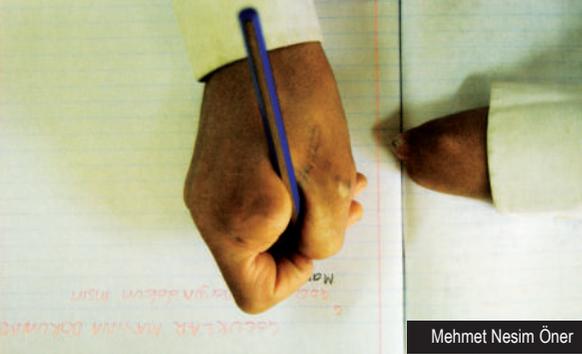
Zivile Feldforschung Die Initiative „Mayinsiz Bir Türkiye“ (Für eine Türkei ohne Minen) hat mit Hilfe von medico international begonnen, das gesellschaftliche Schweigen zu brechen. Sie sammelt Daten und Fakten über die Überlebenden und ihre Bedürfnisse. In diesem Sommer beginnt eine großflächige Untersuchung. Jurastudenten reisen dafür in den Semesterferien in ihre kurdischen Heimatdörfer und führen Befragungen durch. Aus den Ergebnissen wird eine erste Datenbank entstehen, die die Basis für weitere Forderungen und einen ersten Überblick über den Bedarf medizinischer Versorgung bilden soll.

Auch die Versorgungslage für Minenverletzte ist nur wenig entwickelt. Im kurdischen Südosten bietet allein das Dicle-Rehabilitationszentrum der Universität von Diyarbakir den Amputierten eine kostenlose Prothese. Die dort hergestellten künstlichen Arme und Beine sind zum Teil aus Holz, und aus Geldmangel schlecht verarbeitet. Aber es ist eine erste und kostenlose Hilfe für die Bedürftigen. Eine psychosoziale Rehabilitation dagegen, eine Ausbildungsförderung und Zugang zu Bildung gibt es nicht.

In der Türkei werden seit den 50er-Jahren Antipersonen-Minen eingesetzt, zu Anfang an den südöstlichen Grenzen, aber vor allem auch an der Westgrenze zu Griechenland. Seit Mitte der 80er Jahre setzten fernab der Staatsgrenze sowohl die Armee wie auch, in geringerem Umfang, die PKK Landminen ein. Auf Nachfrage schätzten türkische Militärs unlängst die Gesamtzahl der eingesetzten Landminen auf circa 1 Million. Etwas weniger als die Hälfte, laut Generalstab exakt 450.652 Minen, sind in einem streng markierten und eingezäunten Grenzstreifen zu Syrien vergraben. Nach Angaben der Initiative „Eine Türkei ohne Minen“ starben allein im Jahr 2005 mindestens 68 Menschen durch Minenexplosionen, darunter 40 Zivilisten. Hinzu kommen 152 Verletzte. Die Landbewohner in den südöstlichen Provinzen wie Dogubeyazit, Van, Bingöl oder Mardin erklärten auf Nachfragen immer wieder, dass viele der verminten Berg-



Mehmet Nesim Öner (14),
Diyarbakir/Kulp, Uzunova Köyü, 2004.
Fotos: Ahmet Sikh



Mehmet Nesim Öner

hänge, Hochweiden und Wälder weder markiert oder gar eingezäunt sind. Hirten wüssten vielfach nicht, wo die Minen liegen, und so käme es regelmäßig zu Unfällen mit Todesfolge, da in den abgelegenen Gegenden auch keinerlei Gesundheitsversorgung existieren würde.

Gegenöffentlichkeiten „In jeder Familie kann man eine Minengeschichte erfahren. Fährt man in die kurdischen Dörfer, so sieht man Kinder ohne Arme oder Beine“, sagte der Fotograf Ahmet Shik anlässlich der Eröffnung einer Fotoausstellung im März 2006 in der engagierten Galerie „Karsi Sanat“ (Gegenkunst) im Istanbuler Stadtteil Beyoglu. Der Kontrast könnte nicht größer sein: Unten die Istiklal Caddesi, die Hauptflaniermeile Istanbuls mit unzähligen Bars und den Flagshops der internationalen Markenartikel, oben im dritten Stock, in einer frisch renovierten Altbauwohnung, die Opfer-Porträts des unerbittlichen Krieges gegen das arm gehaltene Dogu Anadolu (Ostanatolien): Durch Schrapnelle erblindete Augen; Fußstümpfe, die durch Abszesse abnorm geschwollen sind; verkrüppelte Hände und wundgelegene Körper. Zu jedem Foto gibt es einen Namen, Alter, Ort und Geschichte. Nesim Öner ist dreimal zu sehen.

Ahmed Sikh hat die Region mehrfach bereist und jedes Mal war er mit der Verzweiflung der Betroffenen konfrontiert. „In den meisten Fällen musste ich die Opfer regelrecht suchen“, sagte der Fotograf anlässlich der Ausstellungseröffnung, „denn voll Scham über ihre entstellten Körper wollten sie mit niemandem sprechen“.

Das Fotoprojekt wurde von der Anwaltskammer Diyarbakir unterstützt. Die engagierten Rechts-

anwälte wollen jetzt versuchen, jedem Minenopfer eine kostenlose Rechtsberatung zukommen zu lassen. Denn nach türkischem Recht haben die Opfer durchaus einen Anspruch auf Entschädigung, nur wissen die wenigsten davon oder haben Angst vor der staatlichen Repression. Sezgin Tanrikulu, der Vorsitzende der Anwaltskammer, sagt: „Die Region ist schwer traumatisiert worden. Die Minen bedrohen weiterhin das zivile Leben und verhindern das ökonomische Wachstum.“ Der Anwalt betont, dass es keinerlei Minaufklärung in der Region gibt – weder in den Schulen, noch durch die Behörden.

Der Anti-Minen-Vertrag wurde in der Türkei am 1. März 2004 wirksam. Der Beitritt zu dem Vertrag, am gleichen Tag als Griechenland die Konvention ratifizierte, war ein für türkische Verhältnisse bemerkenswerter Schritt. Jetzt ist die Zeit gekommen, um die entsprechenden Maßnahmen der Konvention umzusetzen – in allen Regionen des Landes, so auch im kurdischen Südosten. Die lebensrettende Aufklärung und ein Mindestmaß an Opferhilfe müssen folgen. Auch dies sind Voraussetzungen eines friedlichen Wandels.

Nevin Sungur / Martin Glasenapp

Nevin Sungur arbeitet für die Initiative „Mayinsiz Bir Türkiye“.

Projektstichwort

Die Initiative für eine Türkei ohne Landminen hat unlängst einen ersten, aber umso wichtigeren Sieg errungen: Endlich genehmigte das strenge Erziehungsministerium in Ankara den Entwurf von Minaufklärungspostern für Grundschulen in den betroffenen Gebieten. Aber noch fehlt es an jeder staatlichen Unterstützung für den Druck und die Verteilung der Plakate. 2007 jährt sich zum zehnten Mal der Friedensnobelpreis für die von medico begründete internationale Kampagne gegen Landminen. Wir hoffen, dass mit Ihrer Hilfe dieses Jubiläum einer der erfolgreichsten Bürgerinitiativen der Welt zu einem Jahr der Unterstützung für die Landminenopfer auch in der Türkei und Kurdistan wird. Dafür brauchen wir schon heute Ihren praktischen Zuspruch. Das Spendenstichwort lautet: **Minenopfer.**

Wasser marsch?

Hasankeyf ist bei Google 368.000 Mal gelistet. Ungezählte Petitionen gingen an Verantwortliche in Ankara, an die EU, die Konzerne, die Bundesregierung, unzählige Delegationen reisten in die vom Wasser bedrohte Region, dazu Symposien, ob in Brüssel, Wien oder zuletzt, vor wenigen Wochen, im kurdischen Diyarbakir: Seit Jahren kämpfen Umweltschützer, Archäologen, Menschenrechtler, mit Unterstützung der lokalen Bevölkerung, um den Erhalt der unersetzbaren kurdischen Stadt Hasankeyf am oberen Lauf des Tigris. Hier plant Ankara, mit Beihilfe des österreichischen Konzerns VA Tech, seit Februar in deutschem Siemens-Besitz, den Ilisu-Stausee, den letzten Superlativ des GAP-Staudammprojekts: Der Tigris soll 65 Kilometer vor der irakischen Grenze gestaut, ein Gebiet von 313 Quadratkilometern mit 52 Dörfern und Kleinstädten überflutet werden. Bis zu 78.000 Menschen sind betroffen. Hisn Kayfa („Felsenburg“), wie der jetzt vom Tode bedrohte Ort Hasankeyf korrekt heißt, beschützt in seinen Sedimenten jahrtausendealte Artefakte aus mamlukischer oder ayyubidischer, artukidischer, christlicher oder islamischer Zeit. Nur unweit entfernt liegt Urfa, die dortige Abrahamsgrotte wird seit der Jungsteinzeit als heilige Quelle verehrt,



Der Pfeiler der von den Aturkiden im Mittelalter erbauten Steinbrücke über den Tigris. Hasankeyf, Sommer 2005. Foto: medico

dazu der sagenumwobene Göbekli Tepe („Nabelberg“), vielleicht die erste Kultstätte der Menschheit, wo vor 11.000 Jahren, als Obermesopotamien aus dem Eis des Spätglazial erwachte, die Wildbeuter Stelen und Totempfähle aus dem Fels schlugen. Vor kurzem generierten Biologen des Max-Planck-Instituts aus 68 modernen Einkornsorten einen gemeinsamen Urhalm: Das Wildgetreide wächst noch heute an den Hängen des erloschenen Vulkans Karacadag im kurdischen Vorland des Zagrosgebirges. Hasankeyf droht die Zerstörung: 50 Jahre Energiegewinnung gegen Jahrtausende bewahrte Menschheitszeichen.

Keep Hasankeyf alive! Unlängst begann eine erneute Petitionsaktion: Diesmal im Internet. Legen Sie Ihr Veto ein: www.medico.de

medico aktiv

Schwarz.Licht

Pedro Rosa Mendes beherrsche die seltene Kunst, wie ein Archäologe der Gegenwart die vielen Ebenen der westafrikanischen Tragödie freizulegen, so die Zeit-Journalistin Andrea Böhm über sein Buch „Schwarz.Licht - Passagen durch Westafrika“, das von medico mitherausgegeben und bei einer Lesung Anfang Juni in Frankfurt vorgestellt wurde. Bei der Veranstaltung im Frankfurter Haus der Weltkulturen gab es zwischen Autor und Publikum eine lebhafte Debatte über die Reportagen. Was nützen schonungslose Berichte über den schier ausweglosen Zustand in den von Mendes bereisten Regionen, fragten Zuhörer, die „eher an konkreten Hilfsmöglichkeiten“ interessiert gewesen seien, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb. Eine Antwort gab der Schriftsteller Ilija Trojanow, der die Texte von Pedro Rosa Mendes auf deutsch vortrug. Sein portugiesischer Kollege gebe den Leidenden eine Stimme und sei zugleich ihr Ohr. Oder wie Andrea Böhm es formuliert: Mendes „schreibt radikaler als andere und stiftet somit zum radikaleren Denken an“. Das Buch „Schwarz.Licht“ mit Texten von Pedro Rosa Mendes und Fotografien von Wolf Böwig ist erschienen bei Brandes & Apsel und ist über den Buchhandel erhältlich.

Adressänderung Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende Wenn Sie uns eine Spende überweisen und Sie dafür das dem Rundschreiben beiliegende Zahlungsformular verwenden, reicht zur Einreichung bei den Finanzämtern bis einschließlich 100 € in der Regel der Einzahlungsabschnitt und eine Kopie des entsprechenden Kontoauszuges. Für höhere Spenden oder für Spenden, die nicht mit der medico-Zahlkarte überwiesen werden (z.B. durch Electronic Banking), schicken wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu. Dafür bitten wir Sie, im Verwendungszweck Ihren Namen und die vollständige Adresse sowie, falls bekannt, Ihre Spendernummer anzugeben.

Fördermitgliedschaft Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon: Tel. (069) 944 38-11,
Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung: medico international, Spendenkonto
1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

materialliste

Liebe Leserinnen und Leser, wir möchten Ihnen eine Auswahl unseres Materials vorstellen, das Sie – auch in größeren Mengen – bei uns bestellen können. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Schule, zum Auslegen im Laden nebenan. Für Nachfragen stehen

medico im Überblick



Jahresbericht 2005

(28 S.) mit Gesamtüberblick über Projekte / Projektländer, Arbeitsfelder, Grundsätze, Finanzbericht, Organisationsstruktur.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international, die Ende 2004 gegründet wurde.

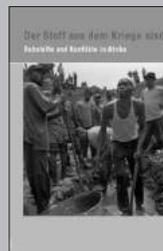
medico Rundschreiben

Nummer 04 | 05: Schwerpunkte: Flüchtlinge in Tanger, Exiltheater Afghanistan

Nummer 01 | 06: Schwerpunkte: Paul Parin, Libanon, People's Health Movement

Kampagnen

Zu allen Kampagnen gibt es eine vielfältige Auswahl von Materialien. Filme, Postkarten, Ausstellungen. Interessiert? Rufen Sie uns an unter: (069) 944 38-27 (Anne Jung). Hier ein Beispiel:



Der Stoff aus dem Kriege sind Rohstoffe und Konflikte in Afrika

(28 S.) Wer finanziert Bürgerkriege und wie funktionieren die internationalen Netzwerke der Rohstoffausbeutung? Wie es sich damit verhält und was man dagegen tun kann.

Auch für Jugendliche gut geeignet.

wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung. Die vollständige Material- und Publikationsliste können Sie bei uns anfordern oder auf unserer Homepage einsehen.

Hinweis: Unsere Materialien sind kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

Reports



Im Inneren der Globalisierung

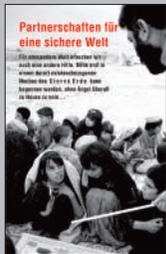
*Psychosoziale Arbeit in
Gewaltkontexten*

(230 S.) Der medico-Report 26 reflektiert Konzepte und Praxis psychosozialer Arbeit in Gewaltkontexten und die unterschiedlichen Dimensionen

von Täter- und Opferrealitäten in Zeiten der Globalisierung. 12 €.

Eine Liste aller Reports schicken wir Ihnen gerne zu.

Projekte



Partnerschaften für eine sichere Welt

(6 S.) Die medico-Hilfe in Israel/Palästina, Guatemala, Indien, Sierra Leone, Afghanistan.



Israel/Palästina: Zukunft ohne Aussicht? Hilfe im Zeichen paradoxer Hoffnung

(16 S.) Über den

Mauerbau, der Israelis und Palästinenser zu Gefangenen macht. Vorstellung der medico-Unterstützung für Kooperation und Gleichberechtigung.

Wir informieren Sie gerne über alle Projekte, die wir in Afrika, Lateinamerika, Südasien und im Nahen Osten unterstützen. Die Liste können Sie telefonisch bestellen oder unter www.medico.de nachlesen.

Ich bestelle:

- Jahresbericht 2005
- medico Rundschreiben 04 | 05
- medico Rundschreiben 01 | 06
- Broschüre stiftung medico international
- Rohstoffe und Konflikte in Afrika
- Report 26 - Im Inneren der Globalisierung (12 €)
- Faltblatt - Partnerschaften für eine sichere Welt
- Faltblatt - Israel/Palästina: Zukunft ohne Aussicht?

Name:

Straße:

Ort:

Meine Spendernummer:

Ich möchte

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versandkosten) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird

Kontonummer:

bei der Bank:

BLZ:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:



medico international e.V.
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an: (069) 436002

Tel Aviv, den 7. Juni 2006

רופאים לזכויות אדם
أطباء لحقوق الإنسان
Physicians For Human Rights



Liebe Kollegen von medico international,

tief bewegt möchte ich Euch mitteilen, dass dank Eurer entschlossenen und raschen Unterstützung gestern, am 6. Juni 2006, eine von den Physicians For Human Rights organisierte Lieferung von dringend benötigten Medikamenten das Shifa Hospital in Gaza-Stadt erreicht hat. Diese Sendung im Gesamtwert von 15.000 \$ war die erste in einer Reihe von Maßnahmen, die uns Eure finanzielle Mithilfe ermöglichen. So haben wir eine weitere Medikamentenlieferung für 11.000 \$ in die Westbank bereitgestellt, die für das Rafidya Hospital in Nablus bestimmt ist.

Eure und unsere Kollegen, Maskit Bendel, Ibrahim Habib und Salah Haj Yihyeh, begleiteten die Lieferung bis zum Checkpoint Karni, über den der Warenverkehr zwischen Israel und dem Gaza-Streifen abgewickelt wird. Nach den üblichen Prozeduren konnten Ibrahim und Salah die Medikamente direkt im Shifa Hospital abgeben. Beide nutzten ihren Aufenthalt, um verschiedene Menschenrechtsorganisationen zu besuchen, darunter viele unserer langjährigen Partner, mit denen wir zuletzt aufgrund des Zutrittsverbots nach Gaza für Israelis allenfalls telefonieren konnten. So war es uns auch erstmals möglich, den in Gaza ansässigen palästinensischen Gesundheitsminister, Dr. Basem Na'im, zu treffen. Der Minister der neuen Regierung sagte uns, dass die Arbeit der Physicians von allen palästinensischen Gesundheitsdiensten, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, respektiert und geschätzt wird. Darüber hinaus drückte er seine Bereitschaft zur Kooperation mit unserer Organisation für gemeinsame Schulungskurse palästinensischer Ärzte in israelischen Gesundheitseinrichtungen aus.

Es ist sehr wichtig zu betonen, dass es unter gar keinen Umständen ein alltägliches Ereignis ist, dass eine israelische Organisation zwei ihrer Mitarbeiter in den Gaza-Streifen entsendet und ein solch herzliches Willkommen empfängt – besonders unter den heutigen extrem schwierigen Umständen.

Diese Aktionen, zusammen mit unseren juristischen Eingaben vor dem israelischen Gerichtshof und unseren für die nächste Zeit geplanten Öffentlichkeitsmaßnahmen, sind Ergebnisse Eurer großen Unterstützung und Bestärkung unserer Arbeit.

Daniel Hasson

*Verantwortlicher für internationale Angelegenheiten
Physicians For Human Rights - Israel*

רח' גולומב 52, תל אביב 66171 | 03-6873718 | פקס: 03-6873029
جولومب 52, تل أبيب 66171 | هاتف: 03-6873718 | فاكس: 03-6873029
52 Gotomb St. Tel Aviv 66171 Israel | Tel. 972-3-687 3718 | Fax. 972-3-687 3029
mail@p hr.org.il | www.p hr.org.il

Unser POSTSCRIPTUM zu diesen guten Worten: Wir bitten weiterhin um Ihre materielle Hilfe für die Arbeit unserer Partner vor Ort. Das Spendenstichwort lautet:
Israel und Palästina.